

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag

Sozial. Dav. Volksheldami 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . K 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

3. Jahrgang.

Mittwoch, 27. Juni 1923.

Nr. 147.

Enttäuschungen.

Nach den Versicherungen der offiziellen Publizisten beschäftigt sich die tschechoslowakische Regierung gegenwärtig eifrig mit handelspolitischen Problemen, ja sie behaupten sogar, die Handelspolitik stehe geradezu im Vordergrund des Interesses der Sommerjahre. Wenn man das für wahr halten soll, so drängt die Art, wie bisher handels- und wirtschaftspolitische Probleme von den unterschiedlichen Regierungen behandelt wurden, die Ueberzeugung auf, daß der Regierung das Wasser schon bis zum Kinde reicht. Der jahrelange andauernde Freudentaumel, der dem nationalen und staatlichen Umsturz folgte und die Meinung der Nachhaber, daß der neue Staat alle Voraussetzungen wirtschaftlichen Gedeihens als Angebinde mitbekommen habe, hielten die Regierenden lange genug von der Erkenntnis ab, daß kein Staat eine Wifachtung seiner wirtschaftlichen Lebensbedingungen vertragen, ohne schweren Schaden zu erleiden. Es war nicht nur der beispiellose Dilettantismus, der in unserer Handels- und Wirtschaftspolitik das große Wort führte, sondern auch die von allen Kennntnissen der wirtschaftspolitischen Gegebenheiten unbeschwerte Sucht, die Handels- und Wirtschaftspolitik nach nationalen Gesichtspunkten zu orientieren, die nicht wenig zur Verschärfung der Wirtschaftskrise im Staate beitragen. Sollte man jetzt wirklich die Erörterung der Handelspolitik betreiben und eine Ueberprüfung der bisherigen Haltung zu den Zollfragen, dem Bewilligungsverfahren und den Handelsverträgen für notwendig halten, so könnte man annehmen, die Folgen der beängstigenden Fehler und Sünden wären nachgerade so drohender Natur, daß auch die harthörigen Lenker der staatlichen Wirtschaftspolitik eine Abkehr von der bisherigen Orientierung und ihren Methoden für notwendig halten.

Diese Meinung erfährt eine Bestätigung durch die Tatsache, daß die Tschechoslowakei gegenwärtig vor der Gefahr eines Zollkrieges mit nicht weniger als zwei Staaten, Belgien und Frankreich, steht, wobei gerücheweise auch noch von einem dritten, Holland, die Rede ist. Die belgische Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach gewisse tschechoslowakische Waren mit Differenzzöllen in derselben Höhe wie deutsche Waren belastet werden, eine Maßregel, welche naturgemäß die vollständige Unterbindung jedes Exports nach Belgien bedeutet. Die belgische Regierung gibt ihrem Dekret die Begründung, diese doppelte bis dreifache Erhöhung des Zolles habe ihren Grund darin, daß bei den tschechoslowakischen Waren ein Dumpingverkauf stattfindet. Aber die tschechoslowakische Regierung ist sich wohl selber bewußt, daß es sich hierbei nur um einen Vorwand handelt, und daß die Ursachen der Verfügung der belgischen Regierung ganz wo anders zu suchen sind. Sie läßt denn auch bereits ankündigen, daß sie bereit sei, alle Hindernisse aus dem Weg zu schaffen und im Bewilligungsverfahren allen Staaten gegenüber, welche unsere Waren einlassen, reziprok vorzugehen, sobald sie hofft, daß nach diesem Entgegenkommen „ein für beide Teile vorteilhafter Handelsvertrag“ doch noch werde abgeschlossen werden können. Ein wenig spät kommt der Regierung die Einsicht, „alles nur zu wollen, was eine Anbahnung der wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten fördert“. Erst mußte Belgien den Zoll- und Wirtschaftskrieg verkündigen, ehe man in Prag einfaß, daß die bisherigen Methoden der Handelspolitik verfehlt sind, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu ändern Staaten zu fördern.

Die Herbeiführung einer Vereinbarung mit Belgien ist, wenn sich auch die offiziöse Presse bemüht, alles in rosigem Lichte zu sehen, noch in weiter Ferne und schon taucht eine neue Schwierigkeit — diesmal in den Handelsbeziehungen zu Frankreich — auf. Der bereits zweimal erneuerte Handelsvertrag der Tschechoslowakei mit Frankreich läuft in den nächsten Tagen ab, ohne daß es den tschechoslowakischen Unterhändlern in Paris gelungen wäre, eine

Nach dem Vorbild der Faschisten.

Hillegarden überfallen in Passau das Gewerkschaftshaus. — Die Disziplin der Arbeiter verhindert ein Blutvergießen.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Bei einer Fahnenweihe in Passau kam es zu schweren Ausschreitungen der Hillegarden. Passanten wurden verprügelt, ein Arbeiter, der ein republikanisches Abzeichen trug, wurde niedergeworfen und geschlagen, in der Nacht bedrohte man Vorübergehende mit Schießwaffen. 50 Mann überfielen das Gewerkschaftshaus und eröffneten ein Feuer auf die Posten der Arbeiter. Vor der Polizei stüchtete die Bande. Nur der Disziplin der Arbeiter ist es zu danken, daß es zu keinem größeren Blutvergießen kam.

Der Stand der französisch-englischen Beratungen.

Paris, 26. Juni. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht über den Stand der französisch-belgischen Beratungen eine offenbar offiziöse Mitteilung, in der es heißt, daß entgegen gewissen von übertriebenem Optimismus heraus eingegebenen Nachrichten erklärt werden müsse, daß die letzten Verhandlungen zwischen Voincaré und dem englischen Vorkämpfer Crewe, dem Meinungsaustausch zwischen Paris und London hinsichtlich der Reparationsfrage nicht besonders gefördert hätten. Tatsächlich scheint man sich in Erwartung der Beendigung der belgischen Ministerkrise für den Augenblick darauf zu beschränken, die Verhandlungen nicht ganz fallen zu lassen. Der englische Fragebogen über den passiven Widerstand sei noch nicht beraten, über die weiteren Fragen, z. B. über event. Maßnahmen, die nach einer deutschen Kapitulation getroffen werden müßten, über die zu verlangenden Geldzahlungen, über die Einberufung einer Konferenz mit oder ohne Teilnahme der Deutschen, sei noch keine präzise Diskussion eingeleitet. Dieser Stillstand werde übrigens durch den überaus freundschaftlichen Ton, in dem die Verhandlungen in der letzten Zeit geführt worden seien, ausgeglichen, wobei beide Parteien den Willen gezeigt hätten, zu einer Verständigung zu gelangen.

Erneuerung des Vertrages herbeizuführen. Der bisherige Vertrag hat der Tschechoslowakei wenig Nutzen gebracht, aber wenn er auch in mancher Beziehung auf das Entgegenkommen gegenüber den französischen Interessen zugeschnitten war, hat dennoch die französische Industrie an der Geltung dieses Handelsvertrages das Interesse insoweit verloren, als das in der Tschechoslowakei geltende Zollsystem ihr den Export in die Tschechoslowakei für viele wichtige Industrieprodukte zur Unmöglichkeit macht. Die tschechoslowakisch-französische Freundschaft hat die französische Industrie daran nicht zu hindern vermocht, zu erkennen, daß der Abschluß von Handelsverträgen mit einem Staat, dessen Zölle ins Ungeheure gestiegen sind, von sehr zweifelhaftem Werte ist. Tatsächlich sind die Zölle — obwohl die tschechoslowakische Valuta auf der sechsfachen Höhe der Friedenspreise steht — auf den dreifachfachen Friedenspreis gestiegen, was soviel bedeutet, daß die Einfuhr von Industrieprodukten aus Ländern mit hochwertiger Valuta zur Unmöglichkeit geworden ist. Die chinesische Mauer, welche die Grenzen des Staates umgibt, wird dadurch noch erhöht, daß bei der Einfuhr aller Industrieprodukte durch das System der Einfuhrbewilligungen die größten Schwierigkeiten bereitet werden. So hat denn infolge des Druckes der französischen Industriellen die tschechoslowakische Regierung den Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei gekündigt und die neuen Verhandlungen sind bisher ergebnislos geblieben, jedoch die tschechoslowakischen Delegierten nach Prag zur „Einholung neuer Informationen zurückkehren mußten. Was Frankreich fordert, das ist ein weitgehender Abbau der Zölle und des Einfuhrbewilligungssystems. Die tschechoslowakische Regierung hat in ihrem im September des Vorjahres erlassenen „Aufruf an die Bürger“ unter anderem auch einen Abbau der Zölle und des Systems der Einfuhrbewilligungen versprochen, aber bis heute hat sie an dieses wichtige Problem unserer Wirtschaftspolitik nicht gerührt. Der hermeische Abschluß des Inlandes vor den ausländischen Waren wurde seinerzeit mit der notwendigen Rücksichtnahme auf den Schutz der heimischen Industrie begründet. Wie sich aber zeigte, hat dieses System

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung Theunis.

Brüssel, 26. Juni. (Gavas.) Der „Petit Parisien“ meldet: Ministerpräsident Theunis teilte mit, daß er entschlossen sei, die Lösung der derzeitigen Ministerkrise aufzugeben, wenn es bis Mittwoch zu keiner Einigung kommen sollte. Man hält allgemein dafür, daß dann das Parlament aufgelöst werden müsse und es im Lande zur Volksabstimmung käme.

Jahrestagung der Labour Party.

London, 26. Juni. Wie die Blätter mitteilen, wird morgen hier die Jahrestagung der Arbeiterpartei eröffnet werden, an der Delegierte aus allen Teilen des Reiches teilnehmen werden.

Schwere Erkrankung Klara Zetkin.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Aus Moskau wird gemeldet, daß Klara Zetkin, die beim Kongress der Dritten Internationale weilte, erkrankt ist. Ihr Zustand ist besorgniserregend.

nur dazu geführt, daß auch die anderen Staaten dem Beispiele Folge leisteten und sich nun anziehen, ihren Markt für die Produkte der tschechoslowakischen Industrie zu verschließen. Alle Engherzigkeit der Handelspolitik hat die Ausdehnung der Krise, die Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht zu verhindern vermocht und sie droht jetzt durch den vollständigen Verlust des belgischen und französischen Marktes eine weitere Steigerung zu erfahren. Wenn die Regierung versichern läßt, daß sie bestrebt ist, „den tschechoslowakischen Produkten entsprechende Abgabemöglichkeiten in fremden Staaten zu schaffen, wobei sie selbstverständlich diesen Gegenkonzeptionen gewähren muß“, so hätten die Prager Regierenden schon längst diese Theorie befolgen müssen.

Bei der Gründung des tschechoslowakischen Staates wurde außeracht gelassen, daß die in ihren Gebieten befindliche Industrie für ein weit größeres Wirtschaftsgebiet eingestellt war, als es der neue Staat sein konnte und daß es daher eine der wichtigsten Aufgaben sein müsse, der Industrie die alten Absatzmärkte durch günstige Handelsverträge zu erhalten. Das Wirtschaftsprogramm des ersten Handelsministers, Dr. Stránský, aber war im Inland dieses: „Ueberführung der deutschen Wirtschaftsmacht in die Hände des tschechischen Volkes“, und nach außen galt der Grundsatz: wirtschaftliche Anlehnung an die Entente-Staaten und Abschließung von den umliegenden Staaten, vor allem von Oesterreich, Ungarn und Deutschland, was denn auch durch die ungeschwehliche schikanöse Zollpolitik und die Unterbindung der Einfuhr fast restlos erreicht wurde. Seither sind fast fünf Jahre verfloßen, die Märkte in den Nachbarstaaten sind indessen von anderen Konkurrenten erobert worden und nun droht die wirtschaftliche Isolierung der Tschechoslowakei dadurch eine vollständige zu werden, daß auch jene Staaten, nach welchen die nationale Einstellung der Wirtschaftspolitik den Export abzulassen suchte, die Handelsverträge mit ihr zu zerreißen suchen. Der Versuch, Gefühlsmomente in die Wirtschaftspolitik zu tragen, mußte mit schweren Enttäuschungen enden. Es bleibt nur zu wünschen, daß die Umkehr nicht zu spät komme!

Ein warnendes Signal.

Hohenblum taucht wieder auf.

Nichts ist kennzeichnender für die fortschreitende Reaktion, als das Wiederauftauchen von Elementen, die sich nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 schuldbehaftet in das tiefste politische Dunkel zurückgezogen hatten. Zu den vielen politischen Taten des fluchbedeckten 1. Oesterreich gehörte auch der wohlbelannte Reichsritter Simitsch von Hohenblum, der durch seine unglückselige Agrarpolitik zugunsten der österreichischen und ungarischen Großgrundbesitzer nicht wenig zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Serbien und der Donaumonarchie und damit zum Ausbruch des völkerverwunden Weltkrieges beitrug. Den Konstanten war der Vorkämpfer des Agrarapitalismus als Hochschulgärtner, d. h. als Vertreter von Brot und Fleisch, mit Recht verhaßt.

Und nun taucht dieser alte Zauber an den Volksinteressen plötzlich wieder Unheil kündend in der Öffentlichkeit auf. Er ist nämlich in agrarischen Blättern als Exerzent zu einer am 25. August d. J., im Rahmen der 2. Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Wanderversammlung in Eger stattfindenden Tagung des Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Zentralverbandes angekündigt. Neben ihm sind als Redner angegeben der langjährige Mitarbeiter Hohenblums, der Oberst Andreas Weisner von der Deutschen Sektion des Landeskulturrates in Böhmen, und der landbündlerische Abgeordnete Josef Mayer aus Eger. Dieses dreiblättrige Rednerheft zeigt wieder einmal aufs sinnfälligste, daß die Landbündler nichts anderes sind, als die Anwälte der Agrarapitalisten, obgleich sie aus ordinärer Demagogie sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1920 als die „wahren Reiter der Kleinbauern und Häusler“ ausgaben. In Wirklichkeit haben die landbündlerischen Drahtzieher niemals ihre großagrarisches Vorgehen vergessen und die Verbindung mit den mehr oder weniger adeligen Großgrundbesitzern des In- und Auslandes stets aufrechterhalten. Die grüne Internationale der Agrarapitalisten hat tatsächlich ihre Aktionsfähigkeit niemals eingebüßt. Schon im Februar 1920 machte der Delegierte des neugegründeten Bundes der Landwirte (es war der Reichssekretär Janinausch aus Böhm.-Leipa), den Krautjunker Deutschlands, den Herren von Oldenburg Januschau, von Wangenheim, von Volkmann usw. in Berlin seine Rede. Die haßerfüllten Gegner der Demokratie, die dem schmählich davongelaufenen Kaiser Wilhelm unverbrüchliche Treue gelobten und die Internierung sämtlicher sozialistischer Agitatoren verlangten, jubelten dem Abgeordneten der deutschen Agrarier aus der Tschechoslowakei verständnisvoll zu, als er den Kampf gegen die — Sozialdemokratie verherrlichte. Seitdem haben sich die Landbündler noch oft mit ihren ausländischen Freunden von „A und Balm“ getroffen und gemeinsam Pläne geschmiedet. So z. B. im Juni 1922 beim dritten Germanischen Bauern- und Landvolkskongress in Nürnberg, wo neben den reichsdeutschen Agrariern Dr. Jost von Dewig, Jürgen von Ramin, Forstrat Escherich usw. die landbündlerischen Abgeordneten Heller, Mayer und Dr. Haureich als Redner fungierten.

So sehr die Landbündler die Freundschaft mit den Wortführern der reichsdeutschen Agrarier pflegten — mit Hohenblum paradierten sie bisher noch nicht. Der Name Hohenblums hatte einen derart schlechten Klang in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, daß man sich etwas geneieren mochte, mit ihm Staat zu machen. Nun scheint auch dieses Bedenken geschwunden zu sein. Rednet man etwa auf die unglücklich große Vergeßlichkeit vieler oft weniger gut informierter Menschen? Ist dies der Fall, dann wollen wir den Herren Landbündlern das Konzept ein wenig verderben, indem wir das Wirken Hohenblums im Dienste der größten Volkseindeinigemachen der Vergessenheit entreißen.

Wer war der Reichsritter von Hohenblum im alten Oesterreich? Der unbefruchtete Führer der Großagrarien, ein rücksichtsloser Draufgänger, wenn es galt, den Interessen seiner Klasse zum Siege zu verhelfen, der sich absolut nicht scherte, uns auf das perfideste zu verleumden. Im Organ des deutschen landwirtschaftlichen Zentralverbandes für Böhmen („Der deutsche Landwirt“) erschien anlässlich der Reichsratswahlen am 1. Mai 1907 ein von ihm gezeichnetes Wablanstraf unter dem Titel „Bauern habt acht! Hüte euch vor den Wölfen in Schafspelzen!“, worin der

feine Reichsritter in der infamsten Weise die Sozialdemokratie befiege. Mit Hilfe gefälliger Zitate, wobei die krasseste Unwissenheit zutage trat (das kommunistische Manifest z. B. schrieb er statt Marx dem Gen. Dr. Rehbrüggen) kam er zu der feithen immer wieder vorgebrachten, ebenso dummen wie erfolglosen Behauptung, die Sozialdemokratie habe es auch auf das Haus und den Grundbesitz des Kleinbauern abgesehen, sie erstrebe die Vernichtung des Bauernstandes. Daraus schmiedete Hohenblum die „Schicksalsgemeinschaft“ der Großgrundbesitzer und Händler, die seitens der neuzeitlichen Agrarier noch heute den letzteren plausibel zu machen versucht wird.

In der sogenannten „Agrarischen Zentralstelle“, die ihren Sitz in Wien hatte, besaß Siniatsch von Hohenblum das Instrument, die wirtschaftliche Macht der Großagrarien in die politische umzuwandeln. Es ist sammenzufassen, wie gering die Mitgliederzahl dieser Zentralstelle eigentlich war im Vergleich zu dem ungeheuren Einfluss, den sie auf die Regierung ausübte. Nicht einmal 400 Namen zählte das Mitgliederverzeichnis, dafür waren freilich die „Edelsten“ und „Besten“ des Reiches darunter, was aber nicht hinderte, daß auch eine Anzahl ungeliebter, nicht staatsläufiger Kapitalisten die Gesellschaft „zieren“. Diese war hinterhermum genug zusammengefaßt, Rationalität und Religion spielten in ihr nicht die mindeste Rolle. Das „Ehrenpräsidium“ der Zentralstelle setzte sich zusammen aus „Seiner Exzellenz“ dem Fürsten Karl Auersperg, dann „Seiner Exzellenz“ dem Grafen Josef Gudenus, dem Prinzen Ferdinand Lobkowitz und Alfred Siniatsch, „Reichsritter“ v. Hohenblum. Dem „Ständigen Ausschuss“ gehörten an der Fürst Witold Czartowski, der Graf Rud. Czernin, der Graf Franz Zegen v. Stritz, der Freiherr Bernhard v. Ehrenfels, der Graf Hubert Golan, der Freiherr Karl Kolitzanski, der Freiherr Anton Trubensky, der Graf Kasimir Szepietowski und andere Herren, die nur ein „von“ ihrem Namen voraussetzen dürfen. Und neben diesen hochadeligen Großagrariern saßen die Vertreter des „mobilen Kapitals“ in der agrarischen Zentralstelle, so der Herr Zuderscharwski, Besitzer Seidel „von Hohenwoldern“ und der Holzgroßhändler Fritz Winterberg, dem wohl der „Kampf gegen den Zwischenhandel“ übertragen war.

Das waren also die Generale der Agrarpartei, während die größeren und kleineren Bauern nebst vielen Häuslern die Gefolgschaft bildeten. In der seligen Zeit des Kurienwahlrechts nahmen die Großgrundbesitzer die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand, später, als das gleiche Wahlrecht gegen ihren Willen durchgesetzt war, mußten sie wohl oder übel eine größere Anzahl bäuerlicher Trabantens als Kandidaten aufstellen. Im Jahre 1907 wurden in Böhmen seitens der Agrarpartei die zwei Volksblutadligen Graf Buquoy im Wahlbezirk Joachimstal-Platten-Neudorf und Graf Leopold Kolowrat im Wahlbezirk Pian-Tschan-Pfrahberg und 17 „gewöhnliche Sterbliche“ kandidiert, unter den letzteren Dr. Schreiner, Jesser, Mayer, Damm, Siegmund, Zulger, Soukup und Goll, also Leute, die in der neuesten Zeit, soweit sie leben, ihre Rolle als die „wahren Retter der Kleinlandwirte“ in der Maske der Landbündler unentwegt forschten. Auf Herrn Keppel, der schon im österreichischen Reichsrat den Großagrariern diente und ein gar eifriger Patriot war, getreu dem damaligen Wahlpruch „Für Gott, Kaiser und Vaterland“, darf nicht vergessen werden.

Nun wollen wir zu Ruh und Frommen unserer Leser aufzeigen, welche politischen Richtlinien der Reichsritter von Hohenblum verfolgte. Hierüber informiert uns das im Jänner 1914 von der „Agrarischen Zentralstelle“ in Wien ausgegebene „Flugblatt“, entstellend ein von den Genannten am 11. Jänner 1914 in Saa; auf dem dortigen Bauerntag vorgetragenes Referat. Hohenblum sprach über zoll- und handelspolitische Fragen, natürlich

Die Berliner Börsenjobber arbeiten.

Dagegen Unfähigkeit der Regierung. — Die Kurse ziehen wieder an. — Hauptpekulationsobjekt — die Dollarkanleihe.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Obwohl die Regierung angekündigt hatte, daß sie es nicht bei den bisherigen Devisenschutzmaßnahmen bewenden lassen werde, ist seit der Ausgabe der Devisenordnung nichts geschieden. Die Kurse begannen daher schon wieder anzuziehen und es ist sehr wohl möglich, daß die nächste politische Erschütterung eine neue Panne heraufbringt. Das Hauptpekulationsobjekt ist jetzt die Dollarkanleihe, deren Handel nicht kontrolliert wird. Heute notierten: Der Dollar 125.000 (gestern 114.000), das Pfund Sterling 578.000 (523.000), der Schweizer Franc 22.400 (20.400) und die tschechische Krone 3770 (gestern 3441).

Berlin, 26. Juni. Wie die Blätter übereinstimmend hervorheben, scheint an die Stelle des inoffiziellen Devisenverkehrs, der durch die Verordnung der Regierung beseitigt wurde, das Geschäft in Dollarkanleihe getreten zu sein, das immer größere Ausdehnung annimmt. Im Einklange mit der Aufwärtsbewegung der Devisenkurse wurden heute z. B. die Dollarkanleiheanweisungen zu steigenden Kursen umgesehelt, und zwar schwankte der Kurs für „Rassafächer“ zwischen 135.000 und 140.000 und für Dollarkanleiheanweisungen per Ende Juli zwischen 155.000

und 160.000. Der Börsenvorstand hat übrigens beschlossen, Dollarkanleiheanweisungen den Effekten gleichzustellen und künftighin an börselosen Tagen nicht mehr handeln zu lassen. Zu widerhandlungen sollen mit Ausschluß von der Börse bestraft werden. Wie das „Nachtrabendblatt“ berichtet, wechseln die Wechselstuben und Depositionen der Banken seit drei Tagen vor Festsetzung der amtlichen Notierung keine fremden Geldsorten mehr, da sie sich nicht mehr, wie früher, kländig über die Kursschwankungen an der Börse orientieren können. Die Banken zahlen daher auf fremde Geldsorten höchstens einen Vorschuß und regulieren am nächsten Tage. Für den Reisenden, der Berlin noch am selben Tage zu verlassen wünscht, tritt nun als Hilfe in der Not der wilde Devisenhändler auf, der sich vor allen Wechselstuben, Bankfilialen und Bahnhöfen herumdrückt.

Wie die „Germania“ hört, sind die Ausführungsbestimmungen für die neue Devisenordnung bereits festgesetzt und werden das Reichssabinett heute noch beschließen. Auch der Reichsverband der deutschen Industrie und die großen Organisationen des Handels sind von der Regierung ersucht worden, ihrerseits zur Marktlüpfung in materieller Weise beizutragen.

Genosse Severing gegen den Rheinlanddjaher.

Eberfeld, 26. Juni. (Wolff.) Die Tagung des rheinischen Provinziallandtags wurde gestern durch den preußischen Minister des Innern, Severing, eröffnet, der es als Zweck des passiven Widerstandes bezeichnete, die junge Republik zu einem gleichberechtigten Gliede der großen Völkerfamilie Europas und der Welt zu machen. Die deutsche Regierung sei sich dessen bewußt, daß jede wie immer geartete Annexion des Rheinlandes nicht zu Reparationen führe, sondern nur einen neuen Weg zu neuem Unfrieden zwischen und neuen Verstörungen eröffne. Das Rheinland sei nicht feil und es gebe nichts in der Welt, was das rheinische Volk und das rheinische Land zum Gegenstand eines Schachergeschäfts machen könne. Wenn man, um die Sache der Rheinländer schmachtender zu machen, von einer

Entprengung der Rheinlande spräche, so sei es Sache der Rheinländer selbst, innerhalb der rheinischen Verfassung ihr staatsrechtliches Verhältnis zum Reich zu ordnen. Vorläufig wisse jeder Rheinländer, daß jede Lockerung der Rheinlande im preussischen Staatsverbaude mit einer Lösung der Verbindung mit dem Reich gleich bedeutend sei. Wenn von Sicherungen die Rede sei, so hätte Deutschland am ersten das Recht, Sicherungen gegen französische Uebergriffe zu verlangen. Eine internationale Miliz oder Polizeitruppe könnte die industriellen Anlagen gegen verbrecherische Uebergriffe nicht schützen. Man habe es während der Ruhrrevolten erlebt, daß die Besetzungsmächte diesen Schutz nicht leisten wollten.

Der Bürgermeister Dr. Jorres sagte: Wir danken der preussischen Regierung, daß sie klipp und klar erklärt hat, niemals werde aus dem Rheinlande ein Gegenstand des Schachers bei den bevorstehenden Verhandlungen werden. Wir sind

ganz im Interesse der Großgrundbesitzer, die zur Erhöhung ihres Profits die Verschärfung der Maßnahmen gegen die Einfuhr ausländischer landwirtschaftlicher Produkte begehrt. Er machte im Anfang seiner Rede der städtischen Bevölkerung den infamen Vorwurf, sie habe nur Sinn für Luxus, Sport und Vergnügen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen rühmte Hohenblum, die Agrarier hätten dem Ackerbauministerium die ihm gebührende dominierende Stellung erkämpft, die „Agrarische Zentralstelle“ habe es zustandegebracht, daß seit 1906 halbwegs angemessene agrarische Schutzzölle bestehen, daß kein lebendes Vieh aus den Balkanstaaten eingeführt werden dürfe und daß die Einfuhr argentinischen Fleisches verboten wurde. Hohenblum proklamierte damals neuerdings den von den Landbündlern heute genau beobachteten Grundsatz, die Einigkeit der Agrarier müsse sich auf alle politischen und nationalen Parteien erstrecken. Er sagte wörtlich: „Die österreichische agrarische Zentralstelle kennt keine Unterschiede der Politik und Nationalität und nur dadurch ist es möglich geworden, die gesamte österreichische Landwirtschaft zu einer Phalanx zu vereinigen.“ Den Arbeiter machte er den Vorwurf, daß sie mehr verlangen und weniger leisten, wodurch sie die Kon-

furrenzfähigkeit der Industrie herabsetzen. Unter laufendem Beifall schloß der agrarische Klopffedter mit den Worten: „Für Halm und Ar, heut und immerdar.“ Wer all die Dinge kennt, weiß, was das Wiederanstehen Hohenblums in der Tschechoslawakei bedeutet. Gewiß, der jetzt 82jährige Mann wird selbst keine Berge abtragen, er wird sicherlich mehr ein „Paradepferd“ darstellen — entscheidend ist und bleibt, daß die von ihm inaugurierte Politik zum großen Schaden der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der Kleinlandwirte, von den deutschen und tschechischen Agrariern im holden Verein fortgesetzt wird. Die grüne Internationale in der rot-weißen Republik ist schon heute kein leeres Wort, sie existiert und arbeitet so wie einst mit allen Mitteln für das Agraropital. Gerade in diesen Tagen wird über die so unendlich wichtigen Zoll- und Handelsfragen im Schoße der Regierungskoalition geschachert — wehe den Verbrauchern, wehe den hungernden Arbeitslosen, den Kindern und Frauen, wenn unter der Regide Hohenblums die volksfeindlichen, profitlästernen Pläne der Agrarier aller Nationen des Staates zur Wirklichkeit werden! Das Wiederanstehen Hohenblums aus dem politischen Dunkel ist ein Signal und eine Warnung zugleich. Möge die entsprechende Antwort nicht ausbleiben!

überzeugt, daß auch die Reichsregierung dahinter steht. Wir beanspruchen als Rheinländer das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wir sind Deutsche und wir wollen in deutschen Staatsgebiete bleiben und lassen über die Staatsfrage keinen anderen bestimmen, als uns selbst. In diesem einen Punkte gibt es keine Meinungsverschiedenheiten unter den Rheinländern, in diesem einen Punkte gibt es keine Rheinlandsfrage.

Die Bergewaltigung der Eisenbahner.

Köln, 26. Juni. (Wolff.) Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind seit Beginn der Ruhraktion folgende Zwangsmassnahmen gegen Eisenbahnbedienstete zu verzeichnen: Aus ihren Wohnungen vertrieben wurden 1708 mit ungefähr 5000 Angehörigen, aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen wurden 1156 mit ungefähr 3000 Angehörigen, verhaftet wurden 264, von Kriegsgerichten verurteilt 63. Zwei Bedienstete wurden getötet.

Bier Tote in Buer.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Die Schiebereien der Belsier in Buer haben vier Todesopfer gekostet. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Eine Frau erhielt einen Brustschuß.

Die Fahne „arbeitet“.

Berlin, 26. Juni. (Eigenbericht.) Die weiteren Ermittlungen über den Mord an dem Rottbach-Leutnant Cadow lassen die Tat immer deutlicher als einen Akt der Reme erscheinen. Cadow war als Späher verdächtigt worden und mußte beiseite geschafft werden. Aus Furcht vor den Rottbachbanditen wagte keiner der Mitwissenden die Tat zu gestehen, obwohl sie schon drei Wochen zurückliegt. Erst durch den „Vorwärts“ ist man der Tat auf die Spur gekommen. Die zwei verhafteten Personen gehören der deutsch-völkischen Freiheitspartei an.

Massenmörder Ludendorff spricht.

Berlin, 26. Juni. Das „Berl. Tageblatt“ berichtet aus München: Bei der Sonnwendfeier der vaterländischen Verbände sprach an erster dem bekannten Förster Escherich General Ludendorff, der das alte erhabene deutsche Heer feierte, das in der Zusammenschau aller deutschen Stämme das Bild der notwendigen deutschen Einheit sei. Ideale Volksgemeinschaft sei noch nicht erreichbar, erreichen aber müsse man jene Kampfgemeinschaft aller vaterländisch gesinnten Kreise, die das deutsche Volk zur Macht und Freiheit führen werden.

Luft-Rüstungswahn.

London, 26. Juni. Baldwin teilte im Unterhause mit, er werde morgen eine eingehende Erklärung über die Luftschiffahrtspolitik der Regierung abgeben. Dem politischen Berichterstatter der „Evening News“ zufolge werden die wichtigsten Punkte der britischen Luftschiffahrtspolitik sein: 1. Wesentliche Verstärkung der Luftstreitkräfte. 2. Wesentliche Verstärkung der Luftreserven und die Schaffung einer territorialen Luftstreitmacht.

London, 25. Juni. (Zsch. P.B.) Die Londoner internationale Luftfahrtkonferenz hat eine Entschließung angenommen, die sich für die Abhaltung einer internationalen Luftfahrtkonferenz ausspricht, auf der allgemeine internationale Rechtsätze über Luftschiffahrt vereinbart werden sollen, während eine andere Entschließung für die Errichtung eines einheitlichen optischen Signaldienstes zur Uebermittlung von Meldungen an Flugzeugpiloten eintritt. Endlich wurde eine Entschließung gefaßt, daß eine internationale Kommission erwogen soll, um Abmachungen über Standardisierung des Materials und der Teile von Luftfahrzeugen vorzubereiten.

Angewandte politische Ethik.

Von Felix Döjjinger (Berlin). Karl Marx war nicht nur ein großer Mann der Wissenschaft, sondern auch ein moralische und sittliche Persönlichkeit hohen Ranges. Während eine nüchterne Epigonarbeit alle Gesichtspunkte aus ihm zu treiben versucht und ihn der Arbeiterschaft als Hirn von Stahl und Willen darzustellen pflegte, waren in Marx auch alle Mächte der Leidenschaft, Gerechtigkeit und Phantasie mächtig. Daher geht von seinem Werte ein so gewaltiger Strom von Begeisterung aus, wie es von einem streng wissenschaftlichen Werte allein niemals der Fall sein kann. Marx hat allerdings aus seinem ethischen Willen kein System gemacht. Systematischer war er auf dem Gebiet der politischen Ökonomie. Alles Ethische ist aber dafür die Voraussetzung seines politischen Willens. Niemand hätte die klare und abstrakte Erkenntnis allein eine solche Welt schaffen können. Wäre der prophetische Wille zur Gerechtigkeit nicht bei Marx so groß gewesen, so hätte er schließlich solche persönliche Wirkungen auf die einzelnen und auf die Massen hervorbringen können. Die Gefühlseinstellung zu dem Sozialismus wurde zwar von Marx nicht in dem Maße betont, wie von gewissen deutschen und französischen Vorgängern. Trotzdem tut man aber Marx unrecht, wenn man

in ihm nicht auch die große Persönlichkeit aus der Gefühlssphäre erkennt und dementsprechend dem Gefühlleben und der Ethik in unserer Bewegung einen großen Platz einräumt. In seiner Inauguraladresse erklärte Marx, zu den Aufgaben des Proletariats auf dem Gebiete der äußeren Politik gehöre es, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollen.“ Der Kampf für solche eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.“ Heute ist diese Forderung zu einem Gemeingut der sozialistischen Politik wenigstens theoretisch geworden, und doch werden die Beziehungen der Staaten auch nicht im entferntesten nach den allgemeinen Gesetzen der Moral und der Ethik, die zwischen Einzelpersonen normalerweise herrschen, geregelt. Die Presse und die Lehre der Sozialisten und Pazifisten weist auf die Bedeutung des ethischen Standpunktes in der Außenpolitik hin, aber doch fühlt man nirgends im öffentlichen Leben eine moralische Macht, weder in den politischen Grundfragen, noch im allgemeinen Leben und Schaffen der Parteien, auch nicht unserer eigenen. Der Grund dafür ist in der Tatsache zu finden, daß nichts so sehr der praktischen Anwendung und der lebendigen Einwirkung bedarf wie die Ethik. Von beinahe allen Dingen kann man sprechen, man kann alles zur „Förderung“ er-

heben, dafür kämpfen und man kann sogar stehen, — nur mit der Ethik geht das nicht. Denn hier wirkt die Sache allein, der lebendige Wille und die Wahrheit selbst. Hier gibt es kein anderes Gesetz der Wirkung als die Wahrheit. Wer ethische Ideen vertritt, muß sie selbst haben, muß selbst eine ethische, von Wahrheit erfüllte Persönlichkeit sein; sonst ist jede Wirkung unmöglich. In solchen sittlichen Persönlichkeiten fehlt es uns aber in Deutschland. Es genügt nicht, daß der oder jener eine anerkannt geachtete Anständigkeit ist; es genügt nicht, daß der oder jener als gerecht und wahr gilt. Wenn nicht die Flamme eines leidenschaftlichen Ethos aus einem Menschen schlägt, kann er kein Ethos hervorbringen. Wenn er nicht eine so gewaltige sittliche und gläubige Persönlichkeit ist, wie es etwa unser herrlicher Jaurès war, kann keine Wirkung von ihm ausgehen. Nicht von der Stärke Jaurès ist Friedrich W. Foerster. Aber dieser edle und fesselnde Mann gehört doch zu den ganz wenigen Persönlichkeiten Deutschlands, von deren Wirken ein Geist der Wahrheit und Erneuerung, ein Geist der sittlichen Läuterung ausgeht, deren das ganze deutsche Volk heute so sehr bedarf. Niemand hat sich von einem lebenden Redner eine gleich starke Wirkung empfangen wie von Foerster. Seine edle Einfachheit, seine von aller Demagogie unberührte Ueberzeugungsstärke, sein inbrünstiger Glaube an die Kraft des Guten und die Pflicht und Möglichkeit der deutschen Wiedergeburt, ma-

chen keine Reden, aber auch seine kleinsten Beiträge in den Zeitungen zu den wahrsten und seltesten Ergebnissen, denen man heute begegnen kann. Wie wenige gibt es überhaupt, deren Wort, wo es ertönt, die Kraft hat, den Leser zu sammeln und ihm die Gewißheit der Wahrheit oder wenigstens der absoluten Ueberzeugung zu geben? Allein das Wort von Foerster vermag es und seine Lehre hat etwas von der seltenen Kraft, den Leser an sich zu ziehen, ihn denken zu machen und ihn vielleicht sogar zu verwandeln. Und diese Verwandlung — das ist das ja eigentlich Wunderbare, dessen nur die wahre sittliche Inbrunst, nur der apostolische Glaube an eine Mission fähig macht. Selbst das kleine Buch, das eben unter dem Titel erschienen ist, den ich über diese Zeiten gesetzt habe, ist, so unscheinbar es ist, ein wahres und herrliches Erlebnis. Diese kleine Sammlung von Anmerkungen zu politischen Tagesgeschichten, die Foerster von Zeit zu Zeit in der pazifistischen Zeitschrift „Die Menschheit“ veröffentlicht hat und die jetzt in Buchform im Verlag „Friede durch Recht“ erschienen sind, ist gewiß nur ein Bruchstück von der reichen Geistesarbeit Foersters — aber ich sehe, daß diese kleinen Zeitschriften eine wunderbare Ueberzeugungskraft haben und den Leser in eine edlere Welt erbischer Politik heben, von der aus die Dinge anders aussehen und richtiger beurteilt werden als in der Riederung der Zeitungs polemik. Die bedeutame Stimmung, in die uns Foerster mit seinen ruhigen, aber wunderbar bestimm-

Inland.

Die Knirschleute und der Fuchs- Nachhaus-Prozess.

Die Enthüllungen, die der Münchner Hochverratsprozess über das Treiben der Obelbdeutschen brachte, mußten allen, die auf Zeit und Hafenkreuz schwören, schwer auf die Nerven fallen. Jeder konnte sich die moralischen Bauchschmerzen der Herrschaften ausmalen und begriff, daß sie sich mit einer Hartnäckigkeit sondergleichen über die leidige Geschichte ausschwiegen. Aber schließlich und endlich: einmal muß man doch den vor Schreck gelähmten Mund öffnen und auf „gut deutsch“, „wahr und offen“ seine Meinung sagen, wie es einem „arischen Mann“ geziemt. Der Duxer „Tag“ nimmt also einen Anlauf und drückt mit der Kraft der letzten Verzweiflung aus dem „Münchner Bruderblatt“ den Artikel „Die Entwurzelten“ ab. Der Aufsatz ist, was seinen Abdruck in Dux doppelt verständlich macht, in seiner Art gewiß ein Meisterwerk, denn er geht mit lapidarer Virtuosität um den heißen Brei herum. Alle Kunst der Ueberredung wird darauf verwendet, zu beweisen, daß Fuchs und Genossen durch den November 1918 „entwurzelt“ worden sind, daß ihnen der Beruf entglitt und sie in der Verzweiflung darüber an gewalttätigen Umsturz dachten, und dasselbe Recht der Revolution wie die Leute der Linken, hätten die Männer der Rechten doch auch. Als ob der Streit darum ginge, als ob nicht die unfähigsten Lumperei des hafenkreuzerischen Gefindes im Bund mit den Franzosen bestünde! Um diesen kritischen Punkt windet sich der Gewährsmann unseres Knirsch mit folgenden spitzigen Sätzen herum:

„Die nach der Legende der Teufel sofort zu erscheinen pflegt, wenn sich ein unglücklicher Mensch mit finsternen Absichten trägt, so wurde es auch für Fuchs und Nachhaus zum Verhängnis, daß ihnen in Gestalt des Oberstleutnants Richard Wepf die Hand zum verbercherischen Bunde reichte. Ohne diesen politischen Agenten aus der Umgebung Fuchs wäre die ganze Verschönerung auf das Gesicht einer politischen Vierbank beschränkt geblieben, denn in ganz Deutschland hätte sich wohl keiner gefunden, der den Fuchs und Nachhaus auch nur mit ein paar tausend Mark zur Förderung ihrer Pläne beigesprungen wäre. Umgekehrt aber muß der Franzose doch von Kräften gewußt haben, welche die Fuchs-Nachhaus gern als vorgeschobene Posten gesehen hätten. Hätte ein so gefühler Teufel sonst die Millionen hinausgeworfen? Es tun sich hier sehr dunkle Hintergründe auf.....“

„Sehr dunkle Hintergründe“, sowohl, und mit feinen Punkten, ganz so, wie sie „unser Münchner Bruderblatt“ hinter den stimmungsbekennenden Schlusssatz setzt, denn Millionen weisen bekanntlich auch sieben Stellen auf! Es ist der „dunkle Hintergrund“ der schäufigsten Käuflichkeit und des gemeinsten Volksberrates, ist die unfähige Verführung, sich mit dem angeblich bittergehaltigen „Erbsend“ zur Zerstörung der deutschen Einheit zu verbinden! Nein, Herr Knirsch, so einfach schüttelt man die sauberen Brüder und ihre Niedertracht nicht ab! So leicht geht es nicht, von „sozialistischer Lügenpresse“ zu sprechen und sich über die eigentliche Schuld des Hafenkreuzlumpens Fuchs mit irgendwelchen „dunklen Hintergründen“ fortzulügen! Da heißt es schon, der Sache ins Auge zu sehen und zu bekennen, daß „deutsche Gefinnung“, „deutsche Treue“ und „unverfälschte deutsche Art“ den Schreier und Sprecher des nationalistischen Heerbanners als Aushängeschild und Lockspeise gerade gut genug sind, daß aber diese Heiden, indes so hohe Worte von ihren Lippen fließen, schamlos bereit sind, dem deutschen Volk seine letzten Lebensquellen abzuschneiden, nicht um irgendwelcher „dunkler Hintergründe“, sondern um eindeutig dunkler Gesäfte willen!

Modraetz und die tschechischen Sozialdemokraten.

Leichtmütig werfen sie mit Worten, an denen niemand satt wird, Menschen hegen sie gegen Menschen, Unruhen rufen sie hervor, den ten Zeitglossen verfehlt, kommt daher, daß die Politik für ihn auch nur angewandte Ethik ist und alle Streitfragen im Lichte seiner Betrachtung gerade den Charakter verlieren, der sie unteilbar, aber auch unlösbar macht: das Nicht-haberische und Pharisäerhafte. Und auf diesem Gebiet leistet gerade die deutsche Zeitungspolitik und -polemik Unverträgliches. Foerster geht einer ganzen Reihe von Fälschungen nach und beweist, wie viel Unwahrheit an den meisten Behauptungen der deutschen Polemik hängt und daß stets und überall ein unaussprechlicher Geist der Unwahrheit und des Verdrachens, eine im Grund so elend beherrschte Kunst des Lügens unser Wesen vergiftet, unsere Kämpfe verfauscht und unsere Chancen auf allen Gebieten verschlechtert.

Foerster gilt wie alle, die hierzulande die Wahrheit sagen, als Deutschenfeind, als „Frankophob“, und wie sonst die Vorwände heißen, mit deren Hilfe man sich der Pflicht zu zielehrt bei sich selbst erledigt. In Wahrheit ist Foerster von ebelfter Objektivität und alle Kritik des neudeutschen Bildungsbüchlers, der schon wie ein schimmeliger Pilz den größten Teil von Deutschland bedeckt, hindert ihn nicht, die herrlichen Eigenschaften des deutschen Volkes zu erkennen. Am genialsten ist seine Analyse des Problems Elsaß-Lothringen. Sie zeigt, wie gerade der deutsche Eltschaff zu Frankreich will, nicht um Franzose zu werden, sondern um im Schutze der französischen Liberalität sich sein Deutschtum erhalten zu können, für das der Biomard-Deutsche

niedrigsten Begierden frönen sie, im Gees und im Staat betreiben sie unterirdische Agitation, den Staat schwächen sie und den Hochverrättern kommen sie entgegen, unseren guten Namen schädigen sie, das Vertrauen zu unserem Staate untergraben sie, Freiheit, Furcht, Unschicklichkeit, Speichelleckerei, das ist die Charakteristik ihrer Tätigkeit.“ So beschimpfte in einer kurz nach dem Umsturz erschienenen Broschüre der Theoretiker Franz Modraetz die tschechische Sozialdemokratie, die er mit der Begründung verließ, daß sie die nationalen Aufgaben des tschechischen Volkes vernachlässige. Um ein Lockmittel für seine damalige Parteigründung zu finden, propagierte Modraetz den „genossenschaftlichen“ Sozialismus, der bekanntlich bei der tschechischen „Nationalen Bewegung“ seines Kollegen Sudec erdachte. Man muß sich fragen: Wer hat nun, da sich Modraetz mit den tschechischen Sozialdemokraten wieder vereinigt, eine derart grundlegende Änderung in seiner Meinung, die ja zur Wiedervereinigung jedenfalls nötig ist, vorgenommen? Alles spricht dafür, daß sich nicht Modraetz, wohl aber die tschechischen Sozialdemokraten in ihren Ideen und Anschauungen gewandelt haben. Das ist sowohl die Meinung des Modraetzblattes „Pravda“ (Wir kehren in die sozialdemokratische Partei zurück, weil sie heute so beschaffen ist, daß wir in ihr ausgeharrt hätten, wenn sie schon im Jahre 1919, als wir sie verließen, so gewesen wäre, „als auch — der „Marobni List“, denn dieses Blatt sagt: „Biele gesunde Ansichten Modraetz haben heute in der tschechischen sozialdemokratischen Partei einen günstigeren Boden als früher. Modraetz ist mit seinen Ansichten nicht mehr allein. Dieser Tage erschien im „Pravda“ ein Leitartikel: „Was ist mit der Sozialisierung“ der besagt, daß sich eine vernünftige Meinung über dieses nicht leichte und komplizierte Problem in der tschechischen Sozialdemokratie den Weg bahnt. Die „Marobni List“ rühmen den Fortschritt der tschechischen Sozialdemokratie, den diese seit dem Umsturz erfahren hat, und meinen, daß in den nächsten fünf Jahren ein weiterer Fortschritt in bezug auf die Ziele des Sozialismus bei der tschechischen Sozialdemokratie zu konstatieren sein werde. Die „Marobni List“ freuen sich auch darüber, daß Modraetz gegen das System der Betriebsausschüsse auftritt, „die er für ein verheerendes Experiment hält.“

Ein politische Sonntag in der Slowakei.

Am Sonntag fanden in der Slowakei eine ganze Reihe von Konferenzen und Versammlungen tschechischer Parteien statt. In Preßburg gab es die erste Versammlung der Slowaken, auf dem autonomistischen Programm stehenden Sozialdemokraten. In dieser Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der für die Autonomie der Slowakei und gegen die zentralistische Politik der tschechischen Sozialdemokratie Stellung genommen wird. In Prütz fand der Landeskongress der tschechischen Nationalsozialisten statt. Nach den Berichten über die politische Situation wurde eine Resolution gegen das dualistische Programm der Volkspartei und gegen die Einschränkung der Kompetenz der Preßburger Referate der einzelnen Ministerien angenommen. Ferner wurde die weitere Auszahlung der Leuzerungszuschläge für die Staatsbeamten gefordert. Endlich wurden Resolutionen für die Trennung der Kirche vom Staat, für die Verstaatlichung der konfessionellen Schulen und für die Vorlagen von Arbeitslosen angenommen. In Tyrnau wiederum tagte eine Konferenz der Bauernpartei, an der auch Minister Sedza teilnahm. Er konnte sich dessen rühmen, daß das Programm der Regierung, die „Gleichstellung“ der landwirtschaftlichen Produktion mit der industriellen und die Herabsetzung der Vermögensabgabe, Tatsache geworden ist. Schließlich fehlte es auch nicht an fleißigen Veranstaltungen: in einem kleinen Orte bei Tyrnau weihte Siska in Anwesenheit der „Gräfin“ Palffy die Föhne des sterikalen Turnvereines „Drel“ und in Preßburg gab es eine Manifestation der ungarischen Christlich-sozialen.

gar kein Verständnis und keinen Schutz mehr hat. Auch Foersters Kritik der wesentlichen Verfehltheit der französischen Reparationspolitik läßt ihn als den berufenen Schiedsrichter, Mittler und Helfer in der deutsch-französischen Frage erscheinen. Daß das neue Deutschland seit Eisers Tod für ihn keinen Platz mehr hat und er, der wie keiner sonst, zum Lehrer einer neuen Jugend berufen ist, nicht einmal einen Unübersichtsschritt hat, gehört, man kann nicht sagen, zu den „Fehlern“ unserer Personalpolitik — es ist vielmehr ein Symptom, das wir mit einem ethischen Geiste hohen Ranges in unserem öffentlichen Leben nichts anzufangen wissen, weil wir für solchen Mumpitz — seien wir doch offen, so nennt man das — kein Interesse haben.

Nicht allein für die Arbeiterschaft, für das ganze neue Deutschland ist Foerster eine Persönlichkeit von seltenem Wert. Von der Moral in der Politik ist leicht reden. Schwerer ist es schon, ethische Grundsätze auf die praktische Tagespolitik anzuwenden. Das Allerfeinsten ist es aber, diesen Geist nicht nur lehren, sondern ihn auch ausströmen und zu verbreiten. Von Foerster geht ein solches Geil aus, und es widerspricht allen moralischen Erfahrungen der Weltgeschichte, wenn solch ein erwärmendes Licht nicht einmal aus der Dunkelheit treten würde. Einmal wird es hervorkommen und mit seinem Schein Wahrheit und Recht über ein aufstrebendes Land verbreiten.

Ausland.

Die Rheinlandpolitik der Franzosen.

Für jeden Starblinderen unterlag es keinem Zweifel, daß die Verkünder des Rheinlandsparatismus, Dr. Dorian und Smeets, in Dienste Frankreichs stehende, käufliche Subjekte seien. Um die letzte Unsicherheit darüber zu zerstreuen, veröffentlicht der Londoner „Observer“ einen als „streng vertraulich“ bezeichneten Geheimbericht des französischen Oberkommissars im Rheinland an seine Regierung, der alle Fäden mit wünschenswerter Deutlichkeit aufdeckt. Wir erfahren daraus, daß Dorian und der Oberkommissar einander dauernd und systematisch in die Hände gearbeitet haben und daß erst die Unterstützungen des Franzosen den Dorian in den Stand setzten, Anhänger zu werden, kostspielige Zeitungen herauszugeben und Propaganda zu betreiben. Weil aber der Oberkommissar aus politischen Gründen — denn kein Herr und Meister Poincare beteuert ja unaufrichtig die rein wirtschaftlichen Absichten an Rhein und Ruhr — die Beziehungen zu Dorian noch aufheben immer ablenkte, verlor dieser bei seinen einst gläubigen Anhang das Ansehen und ward im ganzen Rheinland als französischer Goldwech durchschaut, Grund genug, ihn bei den zwar anspruchlos, doch durchaus deutsch gesinnten Rheinländern unmöglich zu machen. Nach dem Geheimbericht verhandelt Dorian nur mit den Hauptern der Bewegung in den einzelnen Distrikten und diese haben seine Anordnungen dann unter dem „Volke“ zu verbreiten. Doch müssen sie sich von vornherein an Bayern und Mittelstand halten, eine Agitation unter den Arbeitern läßt Dorian eine „sozialistische Gegenoffensive“ befürchten. Das Zeugnis dieses Mannes, der sich getrost vortrefflich darin auskennt, wer eines Verrates fähig ist und wer nicht, ehrt uns, ihm scheinen die Arbeiter die verlässlichen Stützen der deutschen Einheit. Die Erfinder der Dolchstoßlegende haben dafür ihre Fuchs, Nachhaus, Kühles und Munk — wohl ihnen!

Dorians Tätigkeit erstreckt sich, wie man des ferneren erfährt, auch auf Bayern und das Ruhrgebiet und fernher war er seinen Köder nach den Großindustriellen aus. Mittel dafür waren ihm sein „Rheinischer Verein“, ein mit Hilfe des französischen Gesandten in München, Dard, veranstalteter „föderalistischer Kongress“ in Bamberg, ein Sekretariat in Düsseldorf und Vertätigkeit in Aachen, Köln und anderen Städten. Gelegentlich der Ruhrbesetzung hoffte er loschlagen zu können, und wenn es auch damals zu nichts kam, rät der Generalkommissar doch, die Beziehungen zu Dorian sorgfältig zu pflegen. Poincares jesuitische Behauptung, er denke nicht an eine Zerstückung der deutschen Einheit, ist durch diesen Geheimbericht bündig widerlegt, er arbeitet, wenn er schon kein Geld von Deutschland hereinbringen kann, wenigstens auf den völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Reiches hin. Daran ändert das Dementi der Sabas-Agentur, das selbstverständlich erfolgen mußte, ebensowenig wie die Enthüllung des „Matin“, daß England im Rheinland gleichfalls Agenten unterhalte, die für eine Loslösung im englischen Sinne wirken sollen. Dieser „Enthüllung“ merkt man die Absicht allzu deutlich an, England wüßte mit einem zwischen Deutschland und Frankreich eingebetteten Gebietstreifen doch weniger als nichts anzufangen.

Für die Berichterstattung des Tschechischen Preßbüros ist es bezeichnend, daß dieses die Enthüllung des „Observer“, die in Paris, London, Berlin und der übrigen Welt Aufsehen erregt hat, sorgfältig unterdrückte. Die Poincarreforme Offenheit der Tschechoslowakei darf nicht erfahren, daß sich die Leiter der französischen Außenpolitik einer ausgewachsenen Lumperei schuldig gemacht haben, für uns muß das amtliche Paris sündenlos dastehen — kein Engel ist so rein. Der Prager Pressedienst ist eben nur eine Filiale der Agentur Sabas und von dieser Grundfrage läßt er selbst auf die Gefahr hin nicht ab, sich journalistisch lächerlich zu machen.

Auf das Schuldkonto der Kommunisten.

Wir haben bereits gestern berichtet, daß bei den Wahlen in die Linzer Gemeindevertretung die Sozialdemokraten drei Mandate verloren haben. Darüber jubeln die bürgerlichen Parteien Oesterreichs, die Gegner überall werden darüber Freude zeigen, nicht zuletzt die Kommunisten. Zunächst muß bemerkt werden, daß die Linzer Genossen zwar schlechter abgeschnitten haben als bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1919, daß sie aber gegenüber den Nationalratswahlen von 1920 in Linz einen bedeutenden Fortschritt errungen haben. Die Linzer Partei brachte am letzten Sonntag um 2332 Stimmen mehr auf, als im Jahre 1920 in Linz und Klein-München zusammen, während die bürgerlichen Parteien insgesamt nur 580 Stimmen hinzugewannen. Die Linzer Wahl bedeutet also für die Sozialdemokratie einen Sieg, nicht aber eine Niederlage. Verloren haben die Linzer Sozialdemokraten durch den Ausgang der letzten Wahlen die absolute Mehrheit im Gemeinderat. Aber nicht das Bürgerium hat diese Majorität durch eigene Kraft erobert, sondern Schuld daran tragen allein die Kommunisten. „Die Kommunisten haben“ — so schreibt die „Arbeiterzeitung“ — „in Linz im ganzen nur 851 Stimmen aufgebracht — 851 Stimmen gegen 28.038 sozialdemokratische!“ Trotz ihrer völligen Bedeutungslosigkeit bestanden die Kommunisten auf einer besonderen

Kandidatur, erzielten mit 851 Stimmen nicht ein einziges Mandat, aber die Absonderung der 851 Arbeiterstimmen hat bewirkt, daß statt 31 Sozialdemokraten nur 30, statt 29 Bürgerlichen aber 30 Bürgerliche gewählt worden sind. Dank den Kommunisten hat also die Linzer Arbeiterchaft die absolute Mehrheit im Gemeinderat verloren. Die österreichischen Kommunisten wollen das Verbrechen, das sie am Sonntag in Linz begangen haben, bei den Nationalratswahlen in ganz Oesterreich wiederholen, trotzdem sie wissen, daß sie kein einziges Nationalratsmandat erobern können. Wie überall zeigt sich also auch in Oesterreich die schädigende Tätigkeit der Kommunisten, die aber gerade in Oesterreich am häufigsten ist. Völlig bedeutungslos sind sie aufstrebende, das politische Leben auch nur im mindesten zu beeinflussen. Ihr Wirken ist rein negativ, schwächt indirekt Kraft und Macht des Profetariums.

Abbau der Arbeitslosenunterstützung in der Schweiz.

Die unablässigen Bemühungen der Schweizer Bourgeoisie, die Arbeitslosenunterstützung abzubauen, haben nunmehr feste Resultate gezeigt, trotzdem sachliche Gründe für einen Abbau nicht vorhanden sind. Denn die Zahl der Arbeitslosen ist nicht gesunken, Wirtschaftskrise und Lenkung bestehen fort. Richtsdestoweniger beschloß der Bundestrat am 18. Mai, grundsätzlich an eine Herabsetzung der Unterstühtungen zu schreiten, und nunmehr, am 23. Juni, hat der Nationalrat mit 94 gegen 34 Stimmen, allen Bemühungen der Sozialdemokraten zum Trotz, den Beschluß des Bundesrates sanktioniert. Entsprechend den Anträgen des „freisinnigen“ Referenten Seiler sollen für den Abbau folgende Richtlinien maßgebend sein: 1. durch Einschränkung der Unterstützungsdauer; 2. durch dauernde oder vorübergehende Einstellung der Unterstühtungen für einzelne Berufsarten oder einzelne Kategorien von Arbeitslosen; 3. durch Vereinfachung des Verfahrens für die Behandlung der Unterstützungsgesuche. Die Kantone sind befugt: zur Herabsetzung der durch Bundesvorschriften aufgestellten Unterstützungssätze; zur dauernden oder vorübergehenden Einstellung der Unterstühtungen da, wo dies von Bundes wegen nicht geschehen ist; zur Verringerung des Prozentsatzes von Arbeitskräften aus Kantonen mit eingestellter oder herabgesetzter Unterstützung nach anderen Kantonen samt das Volkswirtschaftsdepartement besondere Katenzstrafen ansetzen.

Gemäß dem Gestandnis Seilers: „Wo das Portemonnaie leer ist, nützt das beste Herz nicht,“ wird dieser unmensliche Bundesratsbeschuß gedeut. Es sei schon eine halbe Milliarde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgegeben worden. Nachgewiesenermaßen verweigern sehr viele Arbeit, die ihnen angetragen wurde und ihnen angepaßt wäre. Das „Volk“ wolle keine weiteren Opfer mehr bringen. Der Abbau habe erzieherische Wirkung. Zugucken sei, daß der Beschluß für bestimmte Fälle große Saven schaffe, die aber nicht zu ungeben seien. Nachdem der Bourgeois diese Mitleidträne geweiht hatte, schloß sich der gleichgesinnte Nationalrat seinem Vorschlage an, den Kernsten der Armen den letzten Kreuzer fortzunehmen. An kapitalistischer Engherzigkeit sucht die Schweiz, wie auch dieser neueste aufreizende Fall wieder einmal beweist, wahrhaftig ihresgleichen.

Bolschewismus und Faschismus.

Moskau, 25. Juni. (Muhomun.) Klara Zetkin referierte trotz ihrer Krankheit im Plenum der kommunistischen Internationale über den Faschismus und brachte eine wirtschaftliche und politische Analyse des Faschismus und ein Programm des Kampfes der kommunistischen Partei mit demselben. Die Partei müsse demüht sein, den Faschismus nicht nur zu besiegen, sondern ihn auch politisch zu überwinden. Die Wurzeln des Faschismus lägen in der Zerlegung des bürgerlichen Staates und im wüthiger gewordenen Tempo der Weltrevolution. Der Faschismus sei die neueste Waffe der Bourgeoisie, welche bemüht ist, die Staatsgewalt beim Zerfalle der kapitalistischen Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Der Faschismus sei eine Bewegung kleiner bürgerlicher Schichten, die der Sozialismus enttäuscht hat. Durch künstliche Methoden gelinge es ihm, einen Teil der Arbeiterschaft zu gewinnen. Die kommunistische Internationale müsse die Leitung aller Elemente in die Hand nehmen, welche sich gegen den Bourgeoisestaat stellen. Eine ideologische Zerlegung des Faschismus, wie er sich z. B. in Italien gezeigt hat, durch Befestigung des ursprünglichen Programmes, werde den Prozeß der Gewinnung eines Teiles der Elemente erleichtern, welche sich dem Faschismus unfreiwillig angeschlossen haben.

Neue Gewalttaten an der Ruhr.

Mainz, 26. Juni. Hier wurden acht Milliarden Mark, die zur Unterstützung der streikenden Eisenbahnbediensteten bestimmt waren, beschlagnahmt. In Gladbeck erschloß ein belgischer Wachtposten einen Deutschen, der sich auf der Eisenbahnstrecke aufhielt. Am 24. d. wurden von belgischen Patrouillen drei Deutsche erschossen und drei weitere schwer verwundet, da sie sich entgegen dem Befehle auf der Gasse aufhielten.

Die Tagung der Völkerverbündigen.

Widerheiten. — Abrüstung. — Reparationen.

Wien, 25. Juni. (Tsch. P.-A.) Heute nachmittags setzte der Kongress der Union der Völkerverbündigen seine Arbeiten fort. Eine umfassende Diskussion entspann sich in der Minoritätenkommission, die den Bericht der ständigen Minoritätenkommission mit einigen Änderungen von geringerer Bedeutung annahm. Bei der Debatte wurde von einigen Delegierten der Widerheiten erklärt, daß die Forderung der Lokalisierung für die Widerheiten gegenüber ihrem Staat nicht genügend klar sei, und der Wunsch nach einer Definition des Begriffes Lokalisation oder die Befreiung dieser Forderung ausgesprochen. Der Vorsitzende der Kommission, Dickinson, machte die betreffenden Delegierten aufmerksam, daß die von ihnen verlangte Änderung den Verdacht erwecken könnte, daß die betreffenden Widerheiten eine Prüfung ihrer Lokalisation fürchten.

Einen bewegten Verlauf nahm auch die Debatte in der Abrüstungskommission, wo insbesondere die Frage des Schutzes der abgerüsteten Staaten auf der Grundlage der Friedensverträge Meinungsverschiedenheiten hervorrief. Schließlich nahm die Kommission dennoch einstimmig eine Resolution an, welche der Plenarversammlung vorgelegt werden wird.

Die Kommission für politische Fragen erörterte das Reparationsproblem. Die englischen, französischen und deutschen Delegierten fanden zwar eine gemeinsame Formel, welche jedoch den belgischen Delegierten als unannehmbar erschien. Es wurde kein Einvernehmen erzielt und morgen wird die Debatte fortgesetzt werden.

Wien, 26. Juni. Der Kongress der Union der Völkerverbündigen, der in feierlicher Weise in der Wiener Hofburg eröffnet wurde, hält jetzt seine Plenarsitzungen im Ritterssaal ab. Die Kommissionen halten ihre Beratungen im Schweizerhofsaal ab, und ihre Beratungen haben einen sehr bewegten Verlauf. Die politische Kommission hielt eine gemeinsame Sitzung mit der ökonomischen ab. Zur Beratung stand die Reparationsfrage und es wurde der englische Kompromißvorschlag angenommen. Die entsprechende Resolution wurde gegenüber ihrem ursprünglichen Wortlaut abgeändert und wird sogleich dem Generalsekretariat des Völkerverbundes in Genf übermittelt werden. In dieser Kommission stellte der ungarische Delegierte Amroff den Antrag, die ungarische Frage dem Völkerverbund zur Prüfung abzutreten. Der südslawische Delegierte Cerovic erklärte diesen Antrag als Heberauschung und übernahm Vorgehen. Der Vorsitzende Bowdrie rief ihn dafür zur Ordnung, worauf der südslawische Delegierte die Sitzung verließ. Später wurde dieser Zwischenfall durch Vermittlung der tschechoslowakischen Delegierten beigelegt.

Nachmittags fand die zweite Plenarsitzung statt, wobei die Resolutionen der Kommission für die intellektuelle Zusammenarbeit angenommen wurden. Die Mehrheit des Plenums beschloß, die Frage der Zulassung der österrömisches Völkerverbündigen zur Debatte zu stellen. Ueber die Tätigkeit der Minoritätenkommission erhaltete deren Referent Universitätsprofessor Zezka (Dijon) ein umfangreiches Referat.

Es wurden alle 14 Resolutionen, welche in den Beratungen der Kommission durch Kompromiß zwischen der Mehrheit und den nationalen Minoritäten angenommen wurden, genehmigt. Die Kommission verlangt die Erweiterung des Saumpes der Minoritäten aller Nationen auch außerhalb des Völkerverbundes. Als Bedingung der lokalen Selbstverwaltung wird die bedingungslose Lokalisation der Widerheiten gegenüber dem Staat verlangt, von welcher auch die Widerheiten mit der Majorität gefordert wird. Eine weitere Resolution verlangt die Reziprozität des Saumpes der christlichen Widerheiten in der Türkei und der mohammedanischen in den anderen Staaten. Die Resolution 10 verlangt vom Völkerverbund, daß er sich, falls es notwendig ist, mit der Frage der Bedenkenform in dem Staat, wo es es für notwendig ansieht, beschäftigt. Resolution 12 fordert, daß der Völkerverbund die Lage der Angehörigen der Minoritäten erwäge, welche durch Verlassen des Staates dort die Staatsbürgerschaft verloren haben.

Für die deutsche Liga in der Tschechoslowakei drückte Dr. Medinger seine Unzufriedenheit mit der Formulierung der Lokalisationsforderung aus und setzte sich für das Schweizer Nationalitätenstatut ein.

Senator Dr. Braček konstatierte mit Genugtuung, daß der Beschluß der Minoritätenkommission einstimmig gefaßt wurde, wodurch er bedeutend an moralischen Gewicht gewann. Zudem er die Ergebnisse mit dem vorjährigen Prager Kongresse verglich, erinnerte er daran, daß der Prager Kongress die Minoritätenfrage nicht in ihrer ganzen Schwere erfaßt habe. Die Meinungen gingen damals auseinander, und als der Rat der Union darüber beschloß, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, brachte jetzt der Wiener Kongress die Bestätigung der Wichtigkeit des tschechischen Standpunktes und der Vertreter der Nationen der Kleinen Antenne.

Der Vorsitzende dieser Kommission Dickinson gab in seinem Schlußworte der Freude über den Erfolg der Beratungen Ausdruck und betonte neuerlich die Bedeutung der Anerkennung der Lokalisation der Widerheiten gegenüber dem Staat. Es wurde ein ungar. Vorschlag angenommen, daß sich die Union mit der wirtschaftlichen Lage der mitteleuropäischen Staaten beschäftigen.

Tages-Meinigkeiten.

Wie sie lügen.

Die „Deutsche Landpost“, das in Prag erscheinende Hauptorgan der Agrarier, brachte gestern folgende Notiz:

Prager Summi. Vor einigen Wochen erschien sich in Prag der Bankbeamte Otto Brod. Derselbe soll bei einem Kasardspiel, an dem der Bankdirektor Arthur Rosenbaum, die Direktoren Gustav Lauffig und Alexander Singer, wie der Inhaber eines Prager Bankhauses, Otto Lauscher teilnahmen, in zwei Nächten 400.000 Kronen verloren haben. Da die beteiligten Herren der jüdischen Nation angehören, so unterläßt es der „Sozialdemokrat“, darüber in gewohnter Weise zu schweigen.

Jeder Mensch, der nur die „Landpost“ liest, muß aus dieser Notiz schließen, daß dieses Blatt von irgendwoher die Affäre Brod erfahren und daß der „Sozialdemokrat“ es unterließ, über die Angelegenheit zu berichten, was die „Landpost“ „Judenfreundlichkeit“ des „Sozialdemokraten“ begründet. Diese Lüge impft das Blatt der Agrarier ein, während zehntausende Menschen die Wahrheit wissen, daß nämlich der „Sozialdemokrat“ den Skandal Brod aufgedeckt und charakterisiert hat. Die „Landpost“ macht aus dem Inhalt unserer Veröffentlichungen eine Notiz und ruft bei ihren Lesern den Eindruck hervor, daß wir, die wir die Affäre aufgedeckt, die Angelegenheit verschweigen! Ein häßlicheres Beispiel für die Verlogenheit und Infamie der „Deutschen Landpost“ ist undenkbar.

Die Habsburger als Erbschaftsschwindler. In der „Marburger Volksstimme“ werden die Habsburger der Hinterziehung einer Erbschaft bezichtigt, die der am 23. Jänner 1833 in Bora in Dalmatien verstorbenen Schiffseverer Anton Dirich hinterlassen hat und die mit ihren Erbschaftsbesitzungen, Handelsschiffen und Palästen und Bargeld ein Vermögen von 72 Millionen österreichischer Gulden repräsentierte. Die Todesanzeige und der Aufruf an die Erben erschienen in der amtlichen „Wiener Zeitung“ vom 1. Oktober 1833, und zwar in einer Form, die durchaus nicht auffallen konnte. Dirich hatte Verwandte in Böhmen, doch diese haben damals den Aufruf an die Erben nicht gelesen. Die zu Geld gemachte Hinterlassenschaft, die in der österreichisch-ungarischen Bank in Venedig deponiert war, wurde nun im Laufe der Jahre von der österreichischen Staatsverwaltung eingezogen, während das Schloß Hilleion auf der Insel Korfu, das gleichfalls Eigentum des Erblassers war, im Jahre 1867 vom österreichischen Kaiserhaus „besetzt“ wurde. Mit der Erbschaftsangelegenheit war bis zum Jahre 1890 der Notar W e s e l e y in Schwachat bei Wien beschäftigt, nach dessen Tode die Erbschaftsdokumente an die österreichische Staatsverwaltung übergingen, die sie im Justizpalaste in Wien deponierte, während die Abschriften Dr. W e i ß, der Nachfolger Wesselys, erhielt. Dr. Weis ließ dann im Jahre 1906 die ganze Erbschaftsangelegenheit vollständig ruhen. Die Erben, unter denen sich auch der Metallbrecher Franz Schulz in Ruße bei Marburg befindet, dessen Frau eine Grobnichte und Haupterbin des Erblassers ist, bemüht sich dann in den Folgejahren, durch Majestätsgehalte und Bittschriften an die Kabinettskanzlei in Wien die Erbschaft wenigstens teilweise herauszubekommen. Am 1. August 1911 und noch einigemal später wurde Schulz eine Abfindungssumme von zwei Millionen Kronen in Gold versprochen, aber nie ausgezahlt. Als Schulz dann selbst beim Kaiser vorsprechen wollte, wurde er mit seinem zwölfjährigen Sohne verhaftet. Man nahm damals mit ihm neuerdings ein Protokoll auf, das wieder eine Abfindungssumme von zwei Millionen Kronen in Gold nannte. Schulz bekam aber nichts und obzwar ihn auch später dann der Thronfolger und der Kaiser Karl versprach, endgültig die Erbschaft auszugeben, wurde Schulz nie ein Kreuzer bezahlt. Im Jahre 1916 allerdings bekam er von der Frau Parma, an die sich Schulz auch gewendet hatte, als Geschenk und Anzahlung aus ihrer Privatkasse — zwanzig Kronen! Eine Beschwerde bei Reichsgericht wurde wegen Nichtzuständigkeit nicht in Verhandlung gezogen. Franz Schulz wurde sogar zwei Jahre unter verschärfte Polizeikontrolle gestellt, weil er einmal in der Kabinettskanzlei erklärt hatte, daß er nicht mehr bitten, sondern auswandern werde, um draußen die Suche in den Plätzen zu veröffentlichen. Aus all dem geht demnach deutlich hervor, daß die Habsburger den Metallbrecher um seine Erbschaft betrogen haben, und daß das Schloß Hilleion auf Korfu, in dem sich später Wilhelm Hohenzollern breit machte, eigentlich der armen Frau des Metallbrechers Schulz gehört.

Statistisches über die Bewohner Prags. Nach der Statistik über die Hauptstadt Prag lebten am 15. Feber 1921 in Prag 31.170 Personen in verschiedenen Anstalten, davon 8316 in Kasernen und Wachtstuben, 8152 in den verschiedenen Krankenhäusern und 4116 in Hotels und Gasthäusern. In 196.397 Wohnungen wohnten 645.487 Wohnparteien. Von diesen Wohnparteien hatten 60.400 überhäupt: keine Kinder, 46.000 ein Kind, 33.800 zwei Kinder, 15.600 drei Kinder, 6.500 vier Kinder, 2.570 fünf Kinder und 1.520 mehr als fünf Kinder. Nur eine Familie hatte mehr als 13 Kinder. Ueber 60.000 Besitzer von Wohnungen waren ledig, vermittelnd oder geschieden. 275.000 Eheleute hatten noch der Statistik also insgesamt 210.000 Kinder.

Eine Kartenpartie in Gesellschaft eines Toten. In der Gastwirtschaft des Mährisch-Osterrömer Schlachthofes nahm dieser Tage der Fleischergeselle Emanuel Salzer in übermäßigem Maße Alkohol zu sich und legte sich dann auf eine Bank, wo er einschlief. An dem Tische wurde inzwischen bis in die späte Nacht eine Kartenpartie gespielt und die Spieler merkten nicht, daß Salzer — wie bei der Schließung des Gasthauses festgestellt wurde — inzwischen an Alkoholvergiftung gestorben war.

Ueberschwemmungen im Böhmerwald. Durch den ständigen Regen ist das Wasser in allen Böhmerwaldflüssen gestiegen, vielfach über die Ufer getreten und hat die längst ihrer Ufer hinziehenden Wiesen überschwemmt. In vielen Dörfern, wie in Stahlabitz, Koterow und Bilfenhof hat das Wasser ertränktes Gras und die Heuschäber fortgeschwemmt. Um einen Teil der so bedrohten Ernte zu retten, mußten die Wiesenbesitzer mit den Arbeitern bis zu den Knien im Wasser waten. Der Klobawastich hat weite Wiesen von Chrast bis gegen Rokitan überschwemmt. Auch die Wies ist stark gestiegen.

Schachbahn-Unfall in New York. Reuter meldet aus New York: Montag nachmittags sind im Brooklyner Geschäftsviertel zwei Wagen der Hochbahn vom Bahndamm auf die Straße gestürzt. Sechs Personen wurden getötet, 40 verwundet.

Chinesische Räuber. Die Reuter aus Peking melden, haben Räuber am 22. d. auf der südmandschurischen Eisenbahn Reisende unter Todesdrohungen ausgeraubt und sind entflohen, nachdem sie den japanischen Japsfahrer und die chinesischen Passagiere schwer mißhandelt hatten.

Scenol. Aus Hamilton (Bermuda) wird gemeldet: Der Dampfer „Caraque“ aus Halifax ist zwölf Meilen nördlich Bermuda auf die Klippen gelaufen. Man glaubt, daß das Schiff verloren ist. Hilfe ist unterwegs, um die Passagiere zu retten.

Von der Prager deutschen Kunstakademie. Es wird uns mitgeteilt: Zum Eintritt in die allgemeine Schule der Kunstakademie ist erforderlich: Der Nachweis über mit gutem Erfolg beendeten Studien an einer Untermitelschule, der Nachweis über das vollendete 17. Lebensjahr und der Nachweis über eine gewisse Vorbildung im Zeichnen oder Modellieren durch Vorlage eigener Arbeiten und Ablegung einer Aufnahmeprüfung. Die Studiendauer in der allgemeinen Schule beträgt in der Regel drei Jahre. In die Spezialschulen für Malerei, Bildhauerei, graphische Künste und Medaillierkunst können aufgenommen werden: Absolventen der allgemeinen Schule nach Ablegung einer Aufnahmeprüfung sowie sonstige Bewerber, welche den Nachweis erbringen, daß sie das in der allgemeinen Schule angestrebte Ziel erreicht haben. Damit sich die für den Besuch der Kunstakademie in Betracht kommenden Deutschen über die näheren Aufnahmebedingungen, Unterrichtsbedingungen, Vergünstigungen usw. unterrichten können, wurde eine „Auskunftsstelle für hohes Kunststudium“ geschaffen, an die sich jeder mit Anfragen wenden kann. Die Auskunftsstelle befindet sich in Prag II, Graben 36.

Noch eine Feststellung zur Affäre Brod. Herr Jur. Dr. Alexander Singer, Sekretär der Firma M. Grab Zöhne legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem in unserem Artikel „Stützen der Prager Gesellschaft“ gebrauchten Namen Alexander Singer nichts gemein hat und der ganzen Angelegenheit vollkommen fremd gegenüber steht.

130.000 Waggons für den heurigen Getreidetransport in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte werden 130.000 Waggons für den Transport von Getreide innerhalb Rußlands und nach dem Ausland repariert. Im ganzen werden mindestens 130.000 ausschließlich für den Getreidetransport hergerichtete Waggons zur Verfügung stehen.

Beschlagnahme eines Postflugzeuges. In der Nähe von Warbach in Württemberg ist gestern ein Postflugzeug der Company Franko-Roumanie, das wegen Motordefektes eine Notlandung vorzunehmen mußte, beschlagnahmt worden. Der Flugzeugführer wurde zuerst in Schutzhaft genommen, aber wieder freigelassen.

Wüstiger Kampf mit Räubern. In der Nacht zum Sonntag wurde der Bauer Dufek in Pohl bei Deutsch-Brod durch ein Verbrechen im Keller seines Hauses gewedt. Als er in den Keller ging, wurde er hier von einem unbekannten Räuber überfallen. Auf das Geschrei des Dufek ließen sich sechs Räuber herbei und es kam zu einem furchtbaren Kampfe, in dessen Verlaufe es Dufek gelang, einen der Räuber festzuhalten, der der Gendarmen übergeben wurde. Dufek und der Räuber sind beide schwer verletzt. Die Gendarmen haben sofort die Verfolgung der übrigen entflohenen Räuber ausgenommen, doch ist deren Festnahme bis jetzt nicht geklärt. Die Räuberbande beunruhigt schon seit längerer Zeit das ganze Deutsch-Broder Gebiet; die dortige Bevölkerung bezieht sich eifrig an der Verfolgung der Räuber.

Eisenbahnfahrkarten mit Reklamezettel. Die tschechoslowakische Eisenbahnverwaltung hat der Reklamefirma Optima G. m. b. H. in Prag-Kotolinital für ein Jahr das Monopol der Reklame auf der Rückseite der Eisenbahnfahrkarten vergeben. Den Druck der Reklamen besorgen die Direktionsdruckereien der Staatsbahnen in Prag und Brünn. Die einzelnen Firmen können eine Reklame für eine bestimmte Zahl von Fahrkarten erwerben, von denen ungefähr 30 Millionen Stück im Jahre verkauft werden. Der Text der Reklame muß tschechisch sein.

Druckfehler-Berichtigung. Unsere gestrige Notiz über den „Rückzug der Nationalisten“ enthält einen bedauerlichen Druckfehler: gleich zu Anfang ist dort in Verbindung mit der „Zudenendeutschen Tageszeitung“ vom „Nordböhmisches Volksboten“ die Rede. Gemeint ist natürlich das hakenkreuzerische „Nordböhmisches Tagblatt“, unser Bodenbacher

Bruderblatt würde sich höchst bedanken, mit der „Zudenendeutschen Tageszeitung“ in einem Atem genannt zu werden.

Verbrennungstod zweier Flieger. Aus Rio de Janeiro meldet Habas: Das Flugzeug, mit dem zwei Deutsche einen Flug Kubo-Eucnos Aires versuchten, ist bei Aracata verbrannt. Beide Flieger haben den Tod gefunden.

Billigeres Schweinefleisch. Für die Woche vom 26. Juni bis 2. Juli wurden für Schweinefleisch der Kilogramm folgende Preise festgesetzt: vorderes 17 K (in der Borwache 18 K 50 h), hinteres 18 K 50 h (19 K 50 h). — Rindfleisch hinteres Ia Qualität stellt sich wieder auf 18 K per Kilogramm mit Zuzug. Rostbraten stellt sich auf 24 K, wenn man nicht eine weitere Knochenzuzug haben will.

Erledigte Studentenliste. In Folge der eingetretenen Ferien an allen Schulen werden die erledigten Studentenleistungen in den Zeitschriften „Cestloslovenstva Republika“ und „Prager Abendblatt“ erst am 1. Oktober 1923 zur Auslieferung gelangen. Ebenso werden die Humanitätsleistungen wegen ihrer derzeit geringen Anzahl erst an diesem Tage ausgeschrieben werden, worauf die Interessenten aufmerksam gemacht werden.

Teilnehmern des Prager Telephonnetzes mit Nummern über 30.540, die der Prager Telephonverwaltung sofort ihre Anmeldungen zu interurbanen Gesprächen einreichen, werden schon vom 28. Juni d. N. an interurban sprechen können. Sie werden also ihre interurbanen Gespräche anmelden und auch von auswärts gerufen werden können.

Die Bedeutung der Gemeindebüchereien.

Auf der Hauptversammlung des deutschen Buchwarterverbandes, die am 17. Juni 1923 in der Volkshalle in Reichenberg stattfand, gab zuerst Dr. Moucha ein Bild des Standes des deutschen Gemeindebüchereiwesens, indem er die statistischen Ergebnisse der Jahre 1921 und 1922 miteinander verglich (Die Zahlen für 1920 stehen in Klammern: Anzahl der Büchereien 1616 (158), Minderheitsbüchereien 12 (3); Vändenzahl: 602.734 (282.255); Literaturzahl: 421.197 (20.079); Entlehnungen: 1.781.780 (668.531); Ausgaben 1.880.000 K (490.000 K). Die größte Bücherei besitzt Zwickau mit 20.000 Bänden, dann kommt Aulitz mit 17.000 und Tepitz mit 15.000. Die Erschließung der Bevölkerung ist von 1919 sehr stark (von 2 bis 24 Prozent).

Direktor Walter Hofmann (städtische Bücherei Leipzig) legte in bedeutenden Ausführungen die Aufgaben der volkstümlichen Büchereien dar: Eine neue Volksgemeinschaft muß vorbereitet werden, die alle Gebiete des Lebens umfaßt und in der die Volkshilfe nur ein kleiner Faktor ist. Eine Volksgemeinschaft ist nur möglich, wenn die hohen Kulturgüter nicht nur einer kleinen bestehenden Klasse gehören, sondern wenn das gesamte Volk von ihnen durchdrungen ist. Nun beginnt das Problem mit der Frage: Wo sind die Kulturgüter, um deren Willen es sich lohnt, solche Arbeit zu leisten? Wie sind sie zu erreichen? Wir stehen vor einer ungeheuren Produktion auf allen Gebieten. Besonders auf dem Gebiete des Büchermarktes ist die Zahl der Neuerscheinungen unübersehbar. Die freie Volkshilfe hat nun geglaubt, daß alles gut ist, was nicht dem Stifte des Staatsanwaltes verfällt. Alles, was in den letzten Jahren unter der Wirkung der zersetzenden kapitalistischen Produktionsweise geschaffen wurde, soll nun wieder ins Volk gebracht werden. Hier muß die Volksbücherei den Mut haben, Soll zu machen und muß fragen: Wo sind die Dinge, um deren Willen gearbeitet wird? Konzeptionen kann es keine geben. Die Auswahl erfolgt wohl unter dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse. Da die Welt nicht ins Unendliche reichen, müssen alle Dinge, die dem Volke sonst leicht zugänglich sind, aus der Bücherei wegbleiben. Lieber keine Leser, als Dinge mitmachen, zu deren Bekämpfung wir ausgezogen sind. Große Erschler sind aus der radikal-individualistischen Anschauung hervorgegangen. Wir brauchen aber nicht Stärkung des Individualismus, sondern Stärkung der Gefühle, die zusammenführen, zur Gesellschaft führen. Wir müssen deshalb eine Auswahl treffen, in der diese Lebenskräfte lebendig sind. Die liberal-manchesterliche Einstellung hat bewiesen, daß es so nicht geht. Ein Menschenleben, eine Heberfütterung ist der Erfolg und kein inneres Wachstum.

Als Hilfsmittel können für uns in Betracht: Der Katalog für die Volkshilfe (generelles Hilfsmittel) und die praktische Anleitung (individualisiertes Hilfsmittel). Die Kataloge der Volksbüchereien waren und sind auch noch vielfach schlecht angelegt. Wissenschaftliche Bibliothekare haben ihr Wissen einfach auf die Volksbücherei übertragen. Man muß aber von Lebensantrieben ausgehen. Der einfache Mensch will nicht Wissenschaft, der Trieb zum Leben wächst aus seinem Erleben heraus. In großen Büchereien empfiehlt es sich auch, Kataloge für bestimmte Lebenskreise zu schaffen. Sehr wichtig ist die Ausleihe. Der Bibliothekar ist von allen mechanischen Geschäften zu befreien. Charakteristiken und Zeichen müssen den Bibliothekar über vieles unterrichten. Die Karteothek muß das kindliche Gedächtnis darstellen. Auch eine Lesecharakteristik ist einzuführen (Leseheft). Eine zentrale Büchereibekämpfung ist unerlässlich. Gemeinsamer Bucheinkauf ist zu fördern, wie auch der Einkauf technischer Behelfe. Sehr wichtig ist die Einbandfrage. Ihr ist großes Augenmerk zuzuwenden.

Ein Antrag über Zusammenarbeit des Buchwarterverbandes mit dem Sonderausschuß des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Republik für das gesamte Volksbildungswesen wird dem Vorstände zur Entscheidung zugewiesen.

Gerichtssaal.

Irregeleitete Jugend.

Ein drei- und ein elfjähriges Mädchen von einem 13jährigen mißbraucht.

Proz. 26. Juni. Nicht alle Ausflügler, die am Sonntag nach Troja kommen, gehen nur wegen der Erholung in der Natur dorthin. So und so viele junge Leute wollen in Troja in seinen Gärten und in den Feldern — ungehört sein, und die Jugend, auch die jüngste, von Troja bekommt nicht immer die ihrer Erziehung zuträglichsten Dinge zu sehen. Nur so kann man sich wenigstens annähernd eine Erklärung für den Gerichtsfall geben, der vor einem Prager Bezirksgerichte verhandelt wurde und eine so tiefe sittliche Verkommenheit eines 13jährigen Jungen zeigte, daß sie, wenn sie nicht durch einwandfreie Zeugen erwiesen wäre, kaum glaublich klingen müßte. Doch nicht allein der Junge, auch seine noch jugendlicheren Opfer sind in ihrer Moral bereits so schwer erschüttert, daß es jahrelanger Erziehungsarbeit kosten wird, um aus ihnen wieder sittlich gefestigte Menschen zu machen.

Der 13jährige Anton A. ist ein frühreifer Junge, der, dem Beispiele seiner Kameraden folgend, am Sonntag immer hinter den Liebesmärdchen her war, die in großer Zahl nach Troja kommen und sich dann am Abend in den Gärten und Feldern verlieren. Der Junge sah und begriff vieles, was auf seine Moral zerrüttend einwirkten mußte. Sein Vater, ein schlecht bezahlter Aufseher, hatte auch am Sonntag wenig Zeit, sich um den Jungen zu kümmern. So mußte der Junge vollkommen verwahrloset. Er und seine Kameraden.

Aus der Anklageschrift ergibt sich dann in Kürze der Tatbestand der Gerichtsverhandlung: Der 13jährige Anton A. vergewaltigte Ende Mai die dreijährige Tochter eines Tagelöhners. Als die Mutter des Mädchens am Abend nach Hause kam, erzählte ihr dieses mit vollstimmlichen Ausdrücken, daß Anton A. sie geschlechtlich gebraucht habe. Einige Tage später raufte sich Anton A. mit einem elfjährigen Mädchen, prügelte es durch, legte es dann auf einen Leiterwagen und mißbrauchte es gleichfalls. Inzwischen war aber die Vergewaltigung des dreijährigen Kindes der Gendarmen zu Ohren gekommen und sie nahmen den verlotterten Jungen fest.

Bei der Verhandlung vor dem Bezirksrichter E. B. B. stellte es sich nun heraus, daß Anton A. bereits wegen Diebstahls vor Gericht gestanden ist. Eine als Zeugin einvernommene Frau aus Troja erklärte vor dem Richter, daß Anton A. in Troja wegen seiner Verkommenheit bekannt sei und bereits einige Mädchen mißbraucht habe. Nach durchgeführter Verhandlung, bei der der 13jährige Angeklagte wenigstens eine Reue zeigte, wurde er zu einem Monat Verschließung in einem absonderten Bewahrungsort verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe wird Anton A., über dessen Lebensweise dem Bezirksverein für Jugendfürsorge Prag-Karolinental die Meldung erstattet wurde, einer Besserungsanstalt übergeben werden.

Vorwurf halenkreuzlerischen Benehmens — eine Ehrenbeleidigung.

Vor dem Bezirksgericht I in Wien hatte sich dieser Tage der Fabrikant Emil Cindrich wegen Amtsehrenbeleidigung zu verantworten. Einjährig war am 26. April in der Kanzlei einer Bürgerkammer im III. Bezirke erschienen und hatte sich beim Direktor Mitsch abgemeldet, daß sein Sohn wegen eines Diebstahls, der im Schulgebäude vorgekommen ist, von einem Kriminalbeamten längere Zeit einvernommen wurde. Bei der Auseinandersetzung, die sich zwischen Cindrich und dem Direktor entspann, rief Cindrich dem Direktor zu: „Ich werde Ihnen ihre halenkreuzlerischen Manieren schon abgewöhnen!“ — Bei der Verhandlung gab Cindrich zu, daß er dem Schuldirektor halenkreuzlerisches Benehmen vorgeworfen habe, weil dieser auch während seiner Amtstätigkeit im Schulgebäude ostentativ das

Salkreuz getragen habe. Trotz der Erklärung des Schuldirektors, daß er nie ein Salkreuz trage, verharrete der Ankläger auf seiner Behauptung und wurde nach durchgeführter Verhandlung zu 300.000 Kronen Geldstrafe verurteilt, weil der Richter der Annahme war, daß der Vorwurf des halenkreuzlerischen Benehmens eine Ehrenbeleidigung sei, nachdem in einem großen Teil der Bevölkerung die Ansicht herrscht, daß das Vorzeichen des Salkreuzes ein gewalttätiges ist. Daher sei in dem Vorwurf des halenkreuzlerischen Benehmens die Beschuldigung der Gewalttätigkeit gelegen. — Die halenkreuzler in Wien und anderswo werden über die Entscheidung des Bezirksrichters jedenfalls nicht besonders erbaunt sein, da sie nun ein Gericht bestätigt hat, daß halenkreuzlerisches Benehmen und Gewalttätigkeit gleiche Begriffe sind.

Fruchtabtreibung in 700 Fällen.

Vor dem Schwurgericht in Berlin hat sich dieser Tage der Apotheker Bobolez mit fünf Mitangeklagten wegen des Verbrechens der Fruchtabtreibung zu verantworten. Nach der Anklageschrift haben die Angeklagten bei nicht weniger als 700 Fällen Beihilfe bei Fruchtabtreibungen geleistet. Der Hauptbeschuldigte ist nicht Bobolez, sondern einer der Mitangeklagten, der die Operationen in den Büroräumen seines Chefs, eines Berliner Chirurgen, durchgeführt hat. Bei seinen Opfern verwendete er zu einer Art von Pillen und wenn diese nichts halfen, schritt er zur Operation. Der Apotheker Bobolez arbeitete mit ihm gemeinsam und lieferte ihm alle Chemikalien. Der Gesellschaft kam man dadurch auf die Spur, daß einmal ins Krankenhaus ein Mädchen in furchtbarem Zustande eingeliefert wurde, an dem die Operation vorgenommen worden war. Das Mädchen erlag seinen Verletzungen, gab jedoch vor dem Tode an, wer die Operation durchgeführt hat. — Die Verhandlung ist geheim und wird einige Tage in Anspruch nehmen.

Kleine Chronik.

Neue Untersuchungen über die vegetarische Lebensweise. Eine sehr wichtige Untersuchung über den Einfluß der vegetarischen Lebensweise auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Körpers wurde in jüngster Zeit von A. M. M. vorgenommen, und zwar auf Grund sehr eingehend ausgeführter Sektionen, über die der Forscher im „Archiv für Verdauungsstörungen“ berichtet. Was den Energiemehrfach und die Leistungsfähigkeit des Körpers betraf, so ließ sich feststellen, daß beide befriedigend waren, und daß infolgedessen der bekannte Satz von der Gleichwertigkeit des pflanzlichen und tierischen Eiweiß wohl zu Recht bestehen bleiben kann. Andererseits jedoch eignet sich die vegetarische Lebensweise durchaus nicht für alle, und es gibt viele Menschen, die allein mit vegetarischer Nahrung durchaus nicht bestehen können, so namentlich Städter, die sich mehr mit geistiger als mit körperlicher Arbeit beschäftigen. Die einzelnen Untersuchungen haben zunächst gezeigt, daß ungestörtes Gleichgewicht des Kraft- und Stoffwechsels bei vegetarischer Nahrung, und zwar bei gleichmäßigem Milchkonsum, wohl gewährleistet werden kann; bei streng vegetarischer Nahrung, d. h. ohne Milch, indessen nur dann, wenn der Mensch ausgiebige Körperbewegung hat. In Bezug auf das Verhalten des vegetarisch ernährten Körpers gegen Krankheiten zeigte sich, daß nur das Auftreten von Gicht durch die vegetarische Lebensweise verhindert wird, während sich dagegen die Immunität gegen Eitererregter z. B. wesentlich verringert. Die Frage, ob beim vegetarisch lebenden Menschen die Arteriosklerose später auftritt, ließ sich nicht mit Sicherheit zugunsten der vegetarischen Ernährungsweise beantworten. Ferner wird der Fettsäuregehalt des Körpers durch die pflanzliche Kost sehr herabgemindert. Da jedoch gewöhn-

lich viel größere Mengen von Nahrung aufgenommen werden als bei gemischter Kost, so ist oft Magenverweigerung eine recht unangenehme Folge der vegetarischen Lebensweise. Denn um die großen Mengen von Nahrungsstoffen bewältigen zu können, müssen die Magenwände sich beträchtlich dehnen, wodurch aber gleichzeitig ihre motorische Tätigkeit entsprechend herabgesetzt wird. Auch zu einer Dehnung des Darms kann der Vegetarismus führen, da die vegetarischen Nahrungsmittel im Verlaufe der Verdauung viel mehr Schlacken bilden, als die gemischter Kost.

Röntgenbilder der Hohlräume des Körpers. Die dem mit Jod vermischten Öl eigentümliche Undurchlässigkeit für Röntgenstrahlen hat den französischen Professoren Sicard und Forestier den Gedanken eingegeben, diese Eigenschaft zu benutzen, um die Hohlräume des menschlichen Körpers, die sich bisher der klinischen Durchleuchtung als unzugänglich erwiesen, zu erforschen. Man weiß, daß sich auf dem Röntgenbild die mehr oder weniger hervortretenden Schatten der Gewebe des Organismus im Verhältnis zu der Lichtdurchlässigkeit dieser Gewebe auch mehr oder weniger scharf abzeichnen. Das mit Jod versetzte Öl vermischt weder Schmerzen noch wirkt es giftig, es ist sogar unter Umständen ein empfehlenswertes Heilmittel, so daß man es in verhältnismäßig starken Dosen in den Körper einspritzen kann. Es ist dabei ziemlich schwer und nimmt infolge dieser Schwere seinen Weg langsam durch die Kanäle des Körpers, wobei es einen Niederschlag hinterläßt, der im Röntgenbild als schwarzer Schatten auf dem Umriß der Konturen sichtbar wird. Den beiden Forschern gelang es, auf diesem Wege bemerkenswerte Bilder des Kanals aufzunehmen, der den Rückenmark durchläuft und das Rückenmark in seiner Umgebung von Flüssigkeit und Nerven-Enden zeigt. Es ist so möglich, anormale Wülbungen und Entartungen festzustellen, die als Grundursache der Paralyse anzusehen sind, und die sich dadurch dem Zugriff des Chirurgen erst offenbaren. Die beiden Professoren sind dann dazu übergegangen, auch die Höhlungen in den Gelenken, die Rippen, die Höhlungen der Lungen und der Bronchien mit Röntgenstrahlen zu durchforschen. Ueber die Zukunft dieser klinischen Technik sich auszusprechen, erscheint indessen heute noch verfrüht.

Englische Wollentzager. Die Tendenz zum Hochbau, die in Berlin ökonomischen Bedürfnissen entspricht, hat auch die Londoner Architekten nicht ruhen lassen. Aber während man sich in Berlin mit Ziebelhochbauten begnügt, möchten ehrgeizige Londoner Architekten amerikanische Gebäuderiesen an die Themse pflanzen. Raum ist aber der bekannte Architekt H. Austen Hall mit einem Projekt hervorgetreten, das 135 Fuß Höhe mißt, da meldet sich aber bereits die Baupolizei und verweigert die Lizenz. Bei einem zweiten Turnhaus von etwas reichlicheren Ausmaßen zwingen technische Schwierigkeiten die Bauherren hart zum Nachdenken. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Grundmauern zu diesem Gebäude unterhalb der Untergrundbahn verankert werden müssen, was voraussichtlich eine zeitweise Verkehrseinstellung zur Folge haben würde. Aber London läßt sich nicht eines einzigen Hochbaues wegen die Untergrundbahn sperren. — Ein eigenartiger Bau ist in Piccadilly, nahe der St. James-Kathedrale, vorgesehen. Die Auftraggeberin ist eine Kaufmanns- und das Haus soll ein Backsteinbau werden mit einer Front, die sich im Stil der ehrwürdigen Kathedrale anpaßt. In Regent Street ist ein Kaufhaus im Entschien, das eines der größten in dieser vornehmen Straße werden wird. Ganz originell für London werden an diesem Gebäude die gigantischen bildhauerischen Friese werden, die eine allegorische Darstellung geben von der Weltmacht Englands. Eine ganz neue Note versuchen zwei hervorragende Bauplaner dem Straßenbild zu geben, indem sie ihre Gebäudefront teilweise in kunstvoll verarbeiteten Holz ausführen. Sie wollen mit Gewalt eine Emanzipierung vom konventionellen Warenhausstil erzwingen. Aber das sind bis jetzt erst größtenteils Pläne.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der österreichische Gewerkschaftskongress.

(Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses ist für die Deutsche sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei Genosse H. L. B. erschienen, der vom Vorsitzenden herzlich begrüßt wurde. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, der auch heute erschienen ist, legte dem Kongress die schwierige Situation der deutschen Arbeiterschaft infolge des Marksturzes dar. Dann erstattete Dr. Renner dem Kongresse das Referat über die wirtschaftspolitische Lage. Er legte dar, daß die Sanierungspolitik der Regierung Seipel nur darauf hinauslaufe, die ganze österreichische Wirtschaft dem Bankkredit und vor allem dem ausländischen Bankkredit auszuliefern. Das Bankkredit werde die österreichische Wirtschaft nach seinen eigenen Bedürfnissen einrichten, werde die österreichische Industrie ruinieren und allmählich werde die Sanierungsaktion zur Folge haben, daß Österreich in ein Land von leibeigenen Bauern mit einer großen Stadt verwandelt wird, in der sich die Ausländer wohlfühlen, die Österreicher aber werden auswandern müssen. Das Bürgertum sieht nicht, wohin die Politik Seipels führt, es ist blind in seinem Hass gegen die Arbeiterschaft. — Eine von Dr. Renner vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf sprach Abgeordneter Hanusch über die Sozialpolitik, wobei er erklärte, daß seit dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung die österreichische Sozialpolitik nicht nur stagniere, sondern, daß die Bürgerlichen sogar den Versuch machen, sie zu untergraben. Hanusch kam auch auf den von einem Delegierten in der gestrigen Sitzung gemachten Vorwurf zu sprechen, daß die Sozialdemokraten aus der Regierung nicht hätten austreten sollen und daß sie wenigstens das Ministerium für soziale Verwaltung hätten weiterbehalten sollen. Ein Vertreter der Sozialdemokraten in der Regierung sei unmöglich gewesen, da die Sozialdemokraten in einem Parlamente, dessen Mehrheit gegen sie ist, ihre Forderungen nicht hätten durchsetzen können. Ihre Lage in der Regierung wäre dadurch unhaltbar geworden. Das Ministerium für soziale Verwaltung hätte in einer Regierung Seipels kein Sozialdemokrat mit Erfolg behalten können. Eine solche Ministerialpartei hätte leicht zu einer Spaltung in der Partei führen können. Hanusch erklärte zum Schluss: „Die Einheit der Arbeiterschaft ist mir lieber, als die ganze Regierung!“ — Nach dem Referat entspann sich eine interessante Debatte, die morgen fortgeführt werden wird.

Gezielte Regelung der Dienstverhältnisse der Handelsangestellten.

Der Untersuchung für Privatangestelltenfragen des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses sagte am Schlusse seiner gestrigen nachmittags stattgefundenen Beratung folgende Resolution: „Der Untersuchung für Privatangestelltenfragen fordert die Regierung auf, in kürzester Zeit einen für das gesamte Staatsgebiet geltenden einheitlichen Gesetzesvorschlag über die Sonntagsruhe in Geschäften und Kanzleien vorzulegen. Bis zur parlamentarischen Erledigung eines neuen Gesetzes möge die Sonntagsruhe in den Geschäften auf administrativem Wege geregelt werden, und zwar Grund der heutigen gesetzlichen Bestimmungen, besonders in großen und größeren Städten im Geiste des Paragraphen 4 des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit. Der Untersuchung trägt es schwer, daß der einmütige Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses nicht in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses angenommen werden konnte.“

Die Urjunge.

Roman von Leonhard Frank.

Fieberhaft suchte er nach noch einem Beispiel, während der Vorsitzende sich nicht um ihn kümmern konnte, weil er die Vernehmung der Jungen vorbereitete.

Da sah er das Auge des Geschworenen verlangsamt auf sich gerichtet, machte verzweifelt einen Schritt zu ihm hin: „Es kam doch auch vor, wenn ein Mann immer wieder träumt: er ist ein Kind und muß sich verkrüppeln in die Zimmerdecke, aus Angst vor seinem Vater, der ihn gräßlich und verächtlich ansieht. Und es hilft ihm nichts, daß er seinem Vater zuruft: ich habe doch früher die große Brücke aus Eisenkonstruktion gebaut. Solange er lebt, fürchtet sich der berühmte Brückenbauer im Traume vor seinem Vater. . . . Mich hat der Vater einmal die ganze Nacht auf den langen, dunklen Gang hinausgesperrt. . . . Ich kam zu spät nach Hause, weil ich zugehört hatte, wie ein Ertrunkener aus dem Wasser gezogen wurde. Das war eine arge, lange Nacht. Seitdem fürchte ich mich im Dunkeln wie ein Kind. . . . Erst vorgestern am Dienstag, träumte ich wieder: in unheimlicher Angst stehe ich auf dem dunklen Gang — der Ertrunkene kommt die Treppe herauf und langsam auf mich zu, entschlossen lautlos. . . . Ich kann nicht in die Wohnung flüchten. Selbst jetzt träume ich das, in einer Zeit, da ich mich in so großer Not befinde. Man sieht daran, daß ein solch gräßliches Kindheitsverlebens härter ist, als alles.“

eindeutigen Tatbestand mit bogen Geschichten zu verschleiern, notierte sich der Staatsanwalt für seine Zuhörer.

„Es sind ihm nun doch welche eingefallen“, sagte der Verteidiger. „Ich mache Sie darauf aufmerksam. . . . Auf den Ertrunkenen.“

Und der Dichter blühte in plötzlicher Hoffnungslosigkeit so verloren im Saale herum, daß er von der Vernehmung der ersten Zeugen nichts bemerkte.

„Sie stehen unter Kontrolle?“

Im Zuschauerraum wurde es ganz still.

Das Straßmädchen senkte den Kopf.

Da senkte auch der Dichter den Blick.

Sie wurde nicht verurteilt.

Am weitesten vom Dichter entfernt stand der Kleine; seine Stirn war wieder schmerzhaft geworden.

Der Offizialverteidiger handhabte, nachdem er eine Weile streng zum immer noch notierenden Staatsanwalt hingesehen hatte, ebenfalls seinen Bleistift. Er trug ein Monokel. Auch die Geschworenen bewegten die Oberkörper, bis sie richtig saßen. Es war sehr warm im Saal.

„Bei Ihnen wohnte der Angellop?“

„Mir war er immer unheimlich“, sagte die Wirtin sofort.

„So? . . . Weshalb denn?“

„Bezahlt hat er mich auch nicht.“

Der Staatsanwalt schrieb's auf und machte den Geschworenen noch einmal deutlich, daß der Grund der Reise und die Ermordung des Lehrers in des Dichters ständiger Geldlosigkeit zu finden sei.

Der Vorsitzende fragte die Wirtin, ob der Dichter schon vorher irgendwelche Aeußerungen mit Bezug auf den Mord getan habe, da er ihr unheimlich erschienen sei. Sie geriet, zur Belustigung der Zuschauer, ins ungehemmte Erzählen

hinein, aufgebracht und endlos, bis der Vorsitzende „Halt!“ rief, weil die Richter das tägliche Leben des Dichters nannmehr genau kannten.

„Früh, wenn ich aufstand, ging er zu Bett. Zugelangt hab ich ihm alles. . . . Denn man wußte ja nie, was er eigentlich macht“, sagte sie noch nachträglich, mit einem ärgerlichen Blick auf den Dichter, wobei ihre Unterlippe befridigt vor-schob.

„Doch, ich habe gearbeitet“, antwortete der Dichter gereizt.

„Wir hörten aber eben, daß Sie den ganzen Tag geschlafen haben.“

Er schwieg.

Der Vorsitzende sagte schulterzuckend: „Arbeiten müssen alle Menschen.“

Und die Wirtin rief: „Das hab ich ihm auch gesagt.“

„Sie dürfen nur reden, wenn Sie gefragt werden.“

Ihr sich empört öffnender, sprechbereiter Mund klappte lautlos wieder zu, weil der Richter vorgriff: „Wie denn! Nur wenn Sie gefragt werden.“

Da sagte der Einjährige: „Der Angeklagte ist doch der Autor jener bekannten Artikelferie. . . . Das war doch eine schwere, langwierige Arbeit für Sie, nicht wahr?“

Der Verteidiger öffnete rudertartig den Mund.

Der Staatsanwalt rief schnell: „Ich bin bereit, diese. . . . Arbeiten hier verlesen zu lassen, wenn die Verteidigung glaubt, daß diese volkreisenden Schriften den Angeklagten entlasten können.“

Der Vorsitzende sah fragend den Verteidiger an, der den Blick senkte. Und plötzlich auf einen Papierstoß schlug: „Ich habe hier noch andere Arbeiten von ihm. . . . Grandiose Dichtungen!“

Es wurde gelacht. Der Dichter erröte.

Und der Verteidiger sagte, er wolle keineswegs die Verhandlung hinauszuziehen durch Verlesen. „Aber ich muß darauf bestehen, daß er gearbeitet hat. Jawohl!“

Der Vorsitzende lächelte ein wenig.

„Sie hatten am Abend vor der Tat ein längeres Gespräch mit dem Angeklagten? Sagen Sie uns möglichst genau, was er gesprochen hat.“

Doktor Wiener schwieg; er hatte damals den Dichter nicht ganz verstanden.

Vorsitzender und Staatsanwalt fragten abwechselnd und wären zu keinem Resultat gelangt, wenn nicht der Dichter selbst in unmittelbarer Aufwallung dazu geholfen hätte, so daß plötzlich der Saal durch den Saal klang: „Zeit Jahrtausenden verlangt der Mensch brüllend, stinkend demütig, stöhnend, irtümlich, daß er atmen dürfe, ohne unnötige Qualen.“

Sie sahen ihn erschrocken an. Und der erleichterte Doktor Wiener konnte ergänzen: „Ich hasse die Repräsentanten all derer, die das verhindern.“

Der Verteidiger las einen ähnlichen Satz aus einem Manuskript des Dichters vor, bezweckte nichts damit, denn das vom Staatsanwalt Flug und schlagfertig durchgeführte Geplänkel endete mit dessen nachsichtigem Lächeln und sichtbarer Verwirrung des Offizialverteidigers.

Der Vorsitzende fragte: „Sind Sie etwa der Meinung, Lehrer Mager sei so ein Repräsentant gewesen?“

Kein Mensch im Saal konnte sich erklären, auf welche Weise der Kleine an diese Stelle gelangt war. Erschrocken sahen alle zu, wie der Dichter die Hände aus des Kleinen Kopf legte, daß die Ketten vor dessen Gesicht hingen.

(Fortsetzung folgt.)

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich Ks 16.—, vierteljährig Ks 48.—, halbjährig Ks 96.—, ganzjährig Ks 192.— und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und erstehen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Das Krankentaggelgesetz, dessen Gültigkeit mit Ende dieses Monats abläuft, wird, der „Prager Presse“ zufolge, bis zum Schluß dieses Jahres prolongiert werden. Die betreffende Vorlage wurde vom Ministerrat bereits genehmigt, nun soll sich auch das Abgeordnetenhaus in einer seiner nächsten Sitzungen mit ihr beschäftigen. Eine weitere Prolongation wurde nicht vorgesehen, da die Arbeiterkrankenversicherung vom 1. Januar 1924 an als Bestandteil des dem Abgeordnetenhaus dieser Tage zu gehenden Sozialversicherungsgesetzes durchgeführt werden wird. In der Durchführung der Krankenversicherung wird die Sozialversicherung ihre erste praktische Phase erhalten. Die Durchführung wird vom angegebenen Termin an einheitlich für das ganze Gebiet der Republik erfolgen. Die Organisation der Krankenversicherung wird zu diesem Zweck umgebaut werden müssen und wird sich auf die im Sozialversicherungsgesetz vorgesehenen Institutionen stützen, die hienüt in der Krankenversicherung ihr erstes Aktionsfeld erhalten sollen. Die betreffende Durchführungsverordnung soll nach Annahme des Sozialversicherungsgesetzes durch beide Häuser der Nationalversammlung im Laufe des Herbstes ausgearbeitet werden.

Die Zahl der Krankentaggel und der Versicherungen. Nach dem Anweise des Ministeriums für soziale Fürsorge gibt es in der tschechoslowakischen Republik 612 Krankentaggel: Davon sind 313 Bezirks-, 82 Bräuder-, 66 gesellschaftliche, 18 Unternehmungs-, 25 eingetragene-, 20 landwirtschaftliche-, 13 Eisenbahn-, 15 Tabakfabriks-, 7 Vereins- und 53 freiwillige Meister-Krankentaggel. Die größte Bezirkskrankentaggel ist in Brünn, dann folgen: Prag, Bratislava, Bilef, Auffsig a. G., Tepliz, Smichow, Nitra, Komarno, Weinberge, Teffen. Die Zahl aller versicherten Personen in der tschechoslowakischen Republik wird auf 3.433.000 Personen mit drei Millionen Familienangehörigen geschätzt.

Eine wichtige Entscheidung für die Betriebsauschüsse. Zwischen dem Arbeiter- und Angestellten-Betriebsauschuss der Codawerke kam es in den letzten Wochen zu einem Konflikt über den Umfang der Kompetenzen des Angestelltenauschusses. In den Betrieben dieser Werte, die sich in Pilsen, Königgrätz und Smichow befinden, bestehen überall Arbeiter- und Angestelltenauschüsse, die im Sinne des § 9, B. V. G., sowie im Sinne des § 27 der Durchführungsverordnung eine gemeinsame Sitzung abhalten, um die Wahl der Delegierten in den Verwaltungsrat vorzunehmen. Da der Betrieb mehr als 3000 Arbeiter beschäftigt, waren vier Delegierte in den Verwaltungsrat zu entsenden. Einer dieser vier Delegierten entfällt auf die Angestellten. In den Betriebsauschüssen der drei Werte hat der Metallarbeiterverband 21 Mitglieder, die Kommunisten 13 und die Nationalsozialisten 5. Die Mehrheit bilden somit die freigewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter, die entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf zwei Vertreter im Verwaltungsrat erheben. Die Angestelltenauschüsse zählen 23 Mitglieder, von denen die Mehrheit den Nationaldemokraten und den Nationalsozialisten angehört. Es ist selbstverständlich, daß bei der Wahl der Delegierten über die Entsendung des Delegierten der Angestellten die, über die Entsendung der Arbeiter delegierten die Arbeitervertreter in den Betriebsauschüssen zu entscheiden haben. Gegen diese selbstverständliche Auffassung stellten sich jedoch die kommunistischen Mitglieder des Betriebsauschusses. Sie trafen vorher mit den Angestelltenauschüssen, die zur Mehrheit aus tschechischen Nationaldemokraten und Nationalsozialisten bestehen, eine Vereinbarung, wonach die Wahl gemeinsam von beiden Ausschüssen vorzunehmen sei und wählten in diese interessante Koalition je einen Vertreter der Angestellten, der Metallarbeiter, der Kommunisten und der Nationalsozialisten. Gegen diese unbedachte Abstimmung, die eine Verge-

waltung der Mehrheit der Arbeiterauschüsse durch die Angestelltenauschüsse darstellte, wurde bei der Prager Schiedskommission Einspruch erhoben, die nun auch der Beschwerde Rechnung trug und nun die Wahlen in den Verwaltungs- und Aufsichtsrat für ungültig erklärte. Nach diesem Erkenntnis können also die Mitglieder der Angestellten-Betriebsauschüsse nicht über die Entsendung der Arbeiterdelegierten in den Verwaltungsrat entscheiden und umgekehrt nicht die Arbeiter über die Entsendung der Angestelltendelegierten. Dieses Erkenntnis ist von großer Bedeutung für alle Betriebsauschüsse, da man ja voraussichtlich auch in anderen Orien ähnliche Modifikationen vornehmen wird. Ueber das Vorgehen der kommunistischen Mitglieder der Betriebsauschüsse wird man nicht viel reden müssen. Es richtet sich von selbst.

Der Verkaufsschub beim Finanzministerium hielt Montag unter Vorsitz des Finanzministers seine Monatsitzung ab. Es wurde der Geschäftsbericht für den Zeitabschnitt vom 15. Mai bis 15. Juni zur Kenntnis genommen, der eine weitere Vermehrung des Devisen- und Goldvorrates um 472 Millionen K ausweist. Der Sitzungsbericht enthält ferner folgende interessante Neuigkeiten, beziehungsweise Stellen: „Der starke Rückgang der Anzahl der Zahlungseinstellungen weist auf die allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Lage (!) hin.“ Mit einmütiger Zustimmung und Befriedigung nahm der Verkaufsschub die Versicherung zur Kenntnis, daß bei allen bisherigen Verhandlungen über die Novellierung der Vermögensabgabe und der Abgabe vom Vermögenszuwachs ausschließlich Erleichterungen im Ausmaß der Abgabe in solchen Fällen, wo dieselbe als besonders drückend empfunden wird, in Erwägung gezogen werden, daß jedoch der Zweck der Abgabe laut § 1 des erwähnten Gesetzes keinesfalls geändert werden wird, und daß die Abgabe im Sinne des ursprünglichen Rasischen Planes ausschließlich für die Reform der tschechoslowakischen Währung bestimmt bleibt, welche Aufgabe die eingehenden Zahlungen auf die Vermögensabgabe jetzt schon schrittweise und mit vollständigem Erfolge erfüllen.“

Ein Transport-Kongreß. Der internationale Kongreß für Transportfragen in Rom hat auch die Frage der „Freiheit der Meere“ behandelt. Italien wünschte Vorrechte für die Beförderung seiner Auswanderer nach Amerika, wogegen die Vereinigten Staaten erklärten, die Einwanderungskontrolle sei nur möglich, wenn die Einwanderer auf amerikanischen Schiffen befördert würden. England vertrat die Ansicht, daß der Außenhandel eines Landes eine internationale Angelegenheit sei und bekämpfte jede Bevorzugung der Schifffahrt durch nationale Vorrechte. Der Kongreß faßte denn auch den Beschluß, daß allen Flaggen in allen Häfen der Welt gleiche Rechte und Pflichten eingeräumt werden sollen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Jährlich	Schw. Frank	16.71'50
Berlin	Mark	3450.00
Wien	Sterr. Kr.	2128.00

Prager Kurse am 26. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1305.50	1309.50
10.000 Mark	2.45.00	2.95.00
100 belg. Franks	174.75.00	176.25.00
100 schweiz. Frank	500.75.00	503.25.00
1 Pfund Sterling	153.12.50	154.02.50
100 Lire	145.50.00	147.00.00
1 Dollar	33.25.00	33.65.00
100 franz. Franks	206.00.00	207.50.00
100 Dinar	37.12.50	37.82.50
10.000 magyar. Kronen	37.25.00	39.25.00
10.000 poln. Mark	3.25.00	3.75.00
10.000 Sterr. Kronen	4.45.50	4.95.50

Züricher Schluszkurse am 26. Juni.

	Durchschnitts-Kurse
Paris	24.45.00
London	25.83.50
Berlin	0.00.44.50
Parisland	24.67.50
Holland	219.69
Wien	0.00.78.87
Budapest	0.06.50
Prag	16.70.00
New York	5.69.79
Pelgrad	6.35.00
Warschau	0.00.57.00

Literatur.

M. Veer: „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“ (1923, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin). Als fünfter Teil des 11. Bandes der sozialwissenschaftlichen Bibliothek ist nunmehr das Abschlußheft von Veers Geschichte des Sozialismus erschienen. Es wäre vielleicht besser gewesen, die für die Geschichte des modernen Sozialismus wichtige Epoche, das 19. Jahrhundert, in etwas breiterer Darstellung zu bringen, als es in einem schmalen Bändchen von rund 100 Seiten geschehen konnte. Die Geschichte erhält dadurch stark den Charakter einer Tatsachensammlung und hat fast nur noch den Wert eines Nachschlagewerkes. Andererseits aber verzichtet der Verfasser, was bei Veer selbstverständlich ist, nicht darauf, eigene, oft mit persönlicher Note verfehene Werturteile zu geben, die in einer rein compilatorischen Arbeit nicht am Platze sind und uns, da sie zu sehr subjektiv sind, befremden. Engels wählten wir beispielsweise doch höher eingeschätzt sehen, die Leistungen der austromarxistischen Schule neben denen Kautskys mehr hervorgehoben und gewürdigt wissen und Moskau gegenüber vermissen wir die sonst freigebig gespendete Kritik. Die Dar-

stellung ist populär, die Diktion aber reichlich schlecht. Als Stoffsammlung ist das Werk zu empfehlen.

Kunst und Wissen.

„Der Kunststift“; Musikblätter für die tschechoslowakische Republik. Das eben erschienene Doppelheft 5/6 des dritten Jahrganges dieser vom Deutschen musikalischen Verbands in der Tschechoslowakei herausgegebenen und von Prof. Dr. Erich Steinhard musterergültig redigierten und auf ein hohes musikalisch-literarisches Niveau abgedruckten Musikzeitschrift ist der Mühsener Tonkunst gewidmet. Wertvolle Artikel über Wagner (von Dr. Kroll, München), über Jungmanns Tonsprache (von Dr. Einstein, München) und über Altmühners Lieder (von Dr. Ketzl, Prag) geben dem Heft das Profil. Besondere Beachtung verdient auch eine Abhandlung des Berliner Universitätsprofessors Dr. Nerdmann über „musikalischen Bolschewismus“ als brandmarkende Schlagwörter der jüngsten musikalischen Kunstrichtung. Zahlreiche kleinere Artikel, Berichte über auswärtige Musikereignisse und Prager Musikgeschneiderei vervollständigen den reichen Inhalt der ob ihrer Gediegenheit und vornehmen Ausstattung gleich empfehlenswerten heimischen Musikzeitschrift. —ek.

Gaspiel Mario Chamlee (Buccinis „Bodeme“ im Neuen Deutschen Theater, 25. Juni 1923). Herr Chamlee, der italienisch-amerikanische Tenor, der Montag den Rudolf in Buccinis „Bodeme“ sang und damit nicht nur zum erstenmale vor das Prager, sondern vor ein europäisches Publikum überhaupt trat, kann mit Recht von sich sagen: „Ich kam, sang, siegte!“ Wenn Herr Chamlee auch die überschwenglichen Voraussetzungen der seinem Auftreten vorangegangenen überreichen Reklame, daß er der berufene Nachfolger und Erbe der großen Gesangskunst Carulos sei, nicht erfüllen konnte, so muß doch festgestellt werden, daß er ein Gesangsünstler allerersten Ranges ist, ein Sänger, dem nicht nur eine selten schöne, weiche, gefühlswarme und (namentlich in der Höhe) strahlend große, echte Tenorstimme gehört, sondern der auch gesangstechnisch außerordentliche Singskultur besitzt und ein vortrefflicher Darsteller ist. Besonders bemerkenswert

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Wazar.
1332

An Qualität unerreicht,
im Preise billig,
jede Konkurrenz weicht
vor Koh-i-noor willig.

Erste Prager Fliegenfängerfabrik Prag-Bräovic
Nr. 448/V. 1680 a

Die größte Ausstellung der Republik.

Die W.-Ostrauer Industrieausstellung hält das, was sie versprochen hat. Sie ist zu einem großartigen Monument der Arbeit des Ostrauer-Revierers geworden, zu einer Ausstellung, die Handelsminister Nowak die größte seit Bestand der Republik genannt hat. Sie kann diese ehrende Bezeichnung auch ruhig für sich in Anspruch nehmen, denn es ist selbstverständlich, daß es bei den heutigen Verlehrschwierigkeiten rein technisch und pekuniär eine Unmöglichkeit darstellen würde, alle diese Massen angefertigter Ergebnisse aus dem Gebiete der Eisenindustrie und des Bergbaues auf irgend einen anderen Platz, etwa eine andere Ausstellung oder Messe transportieren zu wollen.

Welche Bedeutung die Ausstellung schon in den wenigen Tagen ihres Bestandes erlangt hat, geht allein daraus hervor, daß einige sehr bedeutende auswärtige Firmen sich darum bemüht haben, hier nachträglich sich einen Platz noch für die Exposition ihrer Ergebnisse zu erlangen. Trotz der Bitterung, die an Abscheulichkeit bisher nichts zu wünschen übrig ließ (Wolke behauptet, daß demoralisierende Moment im menschlichen Leben sei der Regen), hat die Zahl der Besucher bereits am dritten Tage 25.000 überschritten. Die geschäftliche Seite der Ausstellung erweist sich im Gegensatz zu mancher Messe bisher gleichfalls als zufriedenstellend.

Wie bekannt, finden während der Ausstellung fast täglich größere Kongresse statt, so in den nächsten Tagen der deutsche Kaufmannstag. Hier sei bemerkt, daß es gelungen ist, zu dem am 30. d. M. beginnenden internationalen Schachturnier auch den Weltmeister Lasker zu verpflichten. Seine Teilnahme an dem hiesigen Turnier wird daselbst zu einem Schachereignis allerersten Ordnung gestalten.

Es ist dafür gefolgt, daß die Besucher der Ausstellung, die den Tag mit der Besichtigung der einzelnen Expositionen und den Konferenzen mit den Firmen zugebracht oder sich eventuell einige große Werke unter freier Luft anschauen haben, nach des Tages Vollen auch genügend Zerstreuung finden. Abgesehen von den zahlreichen Restaurants auf der Ausstellung selbst, der her befindlichen Tanzplätze, dem Kaffeegarten, der täglichen Mittagsmahl, und den „Attraktionen“ der Ausstellungsprater finden sich in der Stadt eine ganze Reihe großstädtischer Restaurants und Bars besten Wiener Genres, die auch den allerberühmtesten Ansprüchen Genüge leisten. 2716

Warnung ! !

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschliesslich nur den bestbewährt. Fliegenfänger **KOH-I-NOOR**
Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Gerausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

ist, daß Chamlee, trotzdem er ein ausgesprochen nach italienischer Bel canto-Manier und daher mit größtmöglicher Ausnützung der Vokale operierender Sänger ist, sich auch das Geheimnis der nach den Grundsätzen der deutschen Gesangstechnik für die Deutschheit der Aussprache und die Schärfe der gesungenen Deklamation unerlässlich notwendigen gehaltenen Konsonantenverhältnisse zu eigen gemacht hat. Das ausverkaufte Haus bereite dem Künstler begeisterte Ovationen, in die man unsoziales geter mit einstimmen kann, als sein ähneres Verhalten die Bescheidenheit und jeder Star-Be fremde Schlichtheit selbst ist. Die tem; merkwürdige Aufführung dirigierte Kapellmeister Kienzi. —ek.

Neues Theater. Heute Mittwoch Gastspiel Chamlee Flondor „La Traviata“, Donnerstag Abschied Louis Ming „Die Bajadere“, Freitag neuinszeniert Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt“, Samstag Abschied Ming „Fraquita“, Sonntag Mozart-Pluss III „Figaros Hochzeit“.

Kleine Bühne. Heute Mittwoch und Freitag „Die gestohlene Stadt“, Donnerstag „Komte Guderl“, Samstag und Sonntag Gastspiel Zan-jara „Leonore“.

Aus der Partei.

„Das politische und wirtschaftliche Chaos.“ In der am 24. Juni in Saida mit obiger Tagesordnung veranstalteten Versammlung sprach Abgeordneter Genosse Hirsch, der in seinem Referate die Lage der Arbeiterklasse in diesem Staate und im übrigen Europa sowie die politischen Zusammenhänge der Wirtschaftsverhältnisse behandelte und klarlegte. Nach der mit Beifall aufgenommenen Rede des Genossen Hirsch sprach noch Genosse Friese über die Frage: „Was geschieht mit den Arbeitsojer?“



Der Beamte

lobt **BERSON-Gummiabsätze** und **Gummisohlen**, denn dieselben schonen seine und seiner Umgebung Nerven und sind billiger und haltbarer als Leder.



Gummiabsätze und Gummisohlen

lassen Sie sich von Ihrem Schuhmacher anbringen, Sie werden keine anderen mehr tragen!

Schutz der Republik.

Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.

Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Hart.

Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1922 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1923.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 4.00.—. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die abhängige Bezirksorganisation oder das

Secretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Tepliz-Schönau, Selterstr. 1
zum Preise non 4.— zu beziehen. 1723